

tie 10
müssen
in ihren
stern auf
et haben.
ist.
unter
zu ex-
zimmen
weis zu
nicht die
zu den
auf dem
Kende-

gane für
1931 be-
schlussrecht
nachweis
fahrt, das
Arbeits-
soll es
beamten
es über-
müssen,
gt wird.
as Reich
Sache
Finan-
sicherung
Arbeits-
arbeiten.
es Orts-
n Stand-
bildung
s nicht
e für das
che Wä-
er. Sitzung
des Ge-

dmann;
für Städte-
lich in
Richard
sichold.
Dresden.

obische
enschaft

erplag 10

lichen Ste-
der Wohl-
schaft ab-
reihen und
ber bema-
nd in mode-
leitungs-
derzeitigen
gegliedert
genau
dahin und
Stadtteil-
zumunellen
unter mit-
abendchen-
nen Bieter-
1938.

asen

Wohl-
schafts-
e 2.

ros

wie

mus
f
ung

zum
Jillaten.

ener,
B und
Spur!

richtig

•
n

Der
Wohl-
schafts-
e 2.

al

Wohl-
schafts-
e 2.

Meine

Dresdner Volkszeitung

Postgeschäft: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1266.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Banffo: Gebr. Knoblauch, Dresden.

Das Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Bezugspreis einschließlich Beingerlob monatlich 200.— M., durch die Post
bezogen monatlich 200.— M., unter Freigeband für Deutschland monatlich
240.— M. Einzelnummer 8.— M. Sonnabendnummer 10.— M.

Telegramm-Dresden: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitinnerplat 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitinnerplat 10. Tel. 25261.
Geöffnungszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 96seitige Komplettseite 20.— M. Familienanzeigen
14.— M., die 96seitige Metamezette 76.— M. Bei mehrmaliger Aufgabe
Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung
zur Aufnahme an vorgezeichneten Tagen. Für Briefmiederlegung 8.— M.

Nr. 241

Dresden, Sonnabend den 14. Oktober 1922

33. Jahrg.

Schuß der deutschen Mark

Das Licht im Dunkel

Von Robert Grötsch

Man braucht nicht zu den sogenannten aufmerksamen Beobachtern zu gehören, um abends in deutschen Städten zu merken, daß sie immer dunkler werden. Das ist ein düsteres Symbol, nicht nur für Deutschland, sondern für Europa, für unsern ganzen Planeten. Die Göttendämmerung eines sterbenden Zeitalters breite sich über Völker, die in wirtschaftlicher Not zusammenbrechen drohen. Hin und wieder leuchten aus großen Ereignissen die Reste einer verdorrenden, neuen Welt wie Lichter in der Nacht. Solche Lichtblitze waren dem arbeitenden Volk in Deutschland die Massenkundgebungen für die Republik oder die Zusammenkünfte der Londoner und der Wiener Internationale in Frankfurt und Berlin oder die sozialdemokratischen Einigungstagungen in Augsburg, Gera, Nürnberg. Geschichtliche Ereignisse, in denen Hoffnungsseiten dieser Zeit aufblühten, siegreich durchbrachen und alle Widerstände niederrissen.

In solchen Stappen marschiert die Entwicklung vollzieht sich die Revolutionierung Europas. Halbbürgerliche, linksgerichtete Schriftsteller dieser unser Zeit haben das Wort gebracht: Während der Novemberbörte habe in Deutschland die Arbeiterschaft besiegt, nach dem November der Kapitalismus. Als ob man ja gewaltige Umwälzungen wie die der Gegenwart nach dem Ergebnis einiger Jahre werten könnte! Wir durchleben eine Periode von Klassenkämpfen, deren Sinn und Ziel das Größte dessen ist, was die Geschichte der sozialen Kämpfe kennt: an die Stelle der Klassenherrschaft die Klassenlose sozialistische Gesellschaft zu setzen! In diesem Kampfe wechseln Sieg und Niederlage, Fehler und Erfahrung, Erfolg und Misserfolg wie in jedem Kriege, und wenn der Kapitalismus nach dem November, dank einer unseligen Verplitterung der sozialistischen Arbeiterschaft, wichtige Positionen zurückerobern kann, so hat er sich dabei in einen Konflikt hineingesetzt, der zur Quelle weiterer sozialistischer Erfolge werden muß. Oder ist das zunehmend in unserer sozialen Chaos ringsum etwa kein Konflikt der sogenannten freien Wirtschaft? Nach dem November delirierten die bürgerliche Presse und andre Preissänger des Kapitalismus: Nur die freie Wirtschaft kann Deutschland wieder aufbauen! Das Gesetz von Angebot und Nachfrage regiert den Markt! Bahn frei der Privatwirtschaft — und neues Leben blüht aus den Stuinen! Komiker und Kabarettisten wurden aus Unternehmerlosen gespielt, um die sozialen Ideen einer neuen Zeit einem pl. Publikum mit ewig läppischen faulen Kalauern zu verordnen. Preisanschreiben für Theaterstücke gegen die Sozialisierung wurden mit reaktionären Geldern geschoben.

Und heute? Der Dollar pendelt um 3000 herum. Die Produzenten steigen noch belieben. In den Läden wechseln die Preise nochein ständig. Kein Unternehmer kann über die nächsten Tage hin disponieren. Die Nahrungsmittelpreise rinnen allen andern meilenweit voraus, die Not eines harren Winters kommt auf den Gassen angelächlichen, und rastigeres Spekulamentum, das sich im Lande die gemacht hat, macht sich über die Grenzen hin dünne. Der Rattenjammer der freien Wirtschaft grinst uns an. Bürgerliche Politiker, die noch vor zwei Jahren die kapitalistische Wirtschaft als Voraussetzung jeden Wiederaufbaues preisen, sind auffällig still geworden und sehnen sich nach einer planvollen Zwangsirtschaft. Schmeidet das nach Sieg des Kapitalismus?

Es scheint, daß sich das Wirtschaftssystem der bürgerlichen Gesellschaft erst zwingend rufen muß, daß es seine politische Saitlosigkeit und moralische Krüppelhaftigkeit in der tiefsten Not des Volkes erweisen muß, ehe es in Nacht und Schande versinkt. Es gibt einen Standpunkt, von dem aus der Sozialist diesem anarchistischen System der schrankenlosen Gewinnsucht die entfesselte Hemmungslosigkeit wünschen möchte; um den autoritären Erfolg brauchte ihm in diesen Seiten der Not weniger lange zu sein denn je. Aber lange sein muß uns um das Volk, auf dessen Rücken sich diese Orgie des Zusammenbruchs austobt. Darum war es für Millionen ein Blitzaufschlag hoffnung, als von Nürnberg aus die Einigungskunde ins Land flog. Denn die vereinte Kraft der sozialdemokratischen Arbeiterschaft ist nötig, wenn Volk und Republik nicht mit in den Abgrund hineingerissen werden sollen, an dessen Klüftten die kapitalistische Welt wie betrunken dahinraumelt.

Für die Arbeiterbewegung des Dresdner Bezirks bedeutet der heutige Tag ein besonderes Datum. Zum letzten

(St. C.) Das Gesamtministerium des Freistaates Sachsen hat, wie die Staatszeitung meldet, in seiner gestrigen Sitzung folgenden, an den Reichsrat gerichteten Antrag angenommen:

Der Reichsrat wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach die Preisberechnung nach fremder Währung nur noch für den Teil einer Ware gefordert werden darf, der nachweislich importiert und in fremder Währung bezahlt worden ist.

Beim Reichswirtschaftsministerium ist eine Stelle errichtet, wo jeder Abnehmerverband in Fällen, in denen nach seiner Meinung gegen diesen gesetzlich festgelegte Kalkulationsgrundsatzen verstochen wird, ein Verfahren einleiten kann, in dessen Verlauf der Industrieverband, dem die liefernde Firma der Natur ihres Betriebes nach zugerechnet ist, nachzuweisen hat, daß tatsächlich bei den in Frage kommenden Waren der aus dem Ausland importierte Bestandteil sich in der Kalkulation zugrunde gelegten Höhe bewegt."

Mit derselben Frage beschäftigt sich auch ein Artikel des Wirtschaftsministers Hellisch in der heutigen Nummer der Sächsischen Staatszeitung.

Male erscheinen mit dem heutigen Tage zwei sozialdemokratische Zeitungen des Dresdner Gebietes. Dresdner Volkszeitung und Unabhängige Volkszeitung haben jahrelang stetig gegen die Feinde des Sozialismus ihren Mann gestanden, haben mitunter auch heftig um Taktik und Weg gestritten. Vom 15. Oktober an wird die Einigung der beiden Parteien im Dresdner Bezirk auch dadurch sichtbar werden, daß beide Blätter sich zum Organ der geeinten Sozialdemokratie verschmelzen. Was der Konservativen durch die Verbrüderung auswächst, das soll in verstärktem Maße ihre Presse gewinnen: erhöhte Kraft und verstärkte Wucht. Eine neue Epoche der sozialdemokratischen Blätter beginnt.

Die Geschichte der sozialdemokratischen Zeitungen hat ein erfreuliches und ein weniger erfreuliches Gesicht. Aus kleinen Ansätzen heraus haben sie sich dank der Mithilfe unserer Anhänger zu achtungswürdigem Kulturfaktor entwickelt, aber unsre Blätter konnten trotz allem bis heute nicht jene breiten werktätigen Massen erobern, die ihrer Klassenzugehörigkeit nach zu uns gehören und deren Interessen von der sozialdemokratischen Presse vertreten werden. Noch immer wird die Öffentlichkeit publizistisch zum größten Teil beherrscht von einer sensationsbereiten Generalanzeigerpresse, die von kapitalistischen Geldern mehr oder weniger abhängig ist und nichts zu tun hat mit dem, was Karl Marx noch als Aufgabe der Presse feierte: das überall offene Auge des Volksgeistes, das vorübergehende Vertrauen eines Volkes zu sich selbst zu sein.

Wie der Kapitalismus alles zur bezahlten Lohnarbeit degradiert, so hat er auch den Zeitungsschreiber in seinen Sold gestellt. Nach amerikanischem Muster sind jetzt unsere Industrieönige draufl und dran, die Macht gekaufter Zeitungskonzerns für ihre wirtschaftlichen und politischen Zwecke loszulassen. Was tut dagegen die Arbeiterschaft? Bissern reden: in Berlin, wo die Abonnentenzahl der bürgerlichen Presse über 2 Millionen geschüttelt wurde, hat die gesamte sozialistische Presse an die 80 000! Technisch trüb liegt das Wirtschaftsverhältnis in den übrigen Städten. Hoffen wir, daß die Presse der geeinten Sozialdemokratie den besten Teil der vorwärtsdrängenden Arbeiterschaft erfaßt und all jene wieder hinter ihre Fahne zieht, die vom sozialistischen Bruderkriege abgestoßen wurden. Hoffen wir, daß die Blätter der Sozialisten mit zunehmender Kraft alle, die zu uns gehören, aus dem Generalanzeigerduell herausbrechen. Ein Narr nur bezahlt die Bomben, mit denen er beschossen wird. Eine moderne Zeitung — um mit dem amerikanischen Dichter und Sozialisten Upton Sinclair zu reden — stellt sich vom Gesichtspunkt der Arbeiter als eine gigantische Munitionsfabrik dar, in der die besiegte Klasse geistige Bomben und Granaten zur Vernichtung ihrer Feinde erzeugt ...

Gewiß, mit all dem wird dem Lefer eins sozialdemokratischen Blattes nichts Neues gesagt, aber da der heutige Tag einen wichtigen neuen Abschnitt der bisherigen sozialistischen Presse einleitet, so drängen diese Betrachtungen auf den einen simplen aber unausweichlichen Schluß hin: Geht uns, das Organ der geeinten Sozialdemokratie zur Zeitung der breiten Massen werden zu lassen — und die Ohnmacht, die Verkrüppelung, der Bankrott des Kapitalismus wird den Übermillionen zur Kenntnis werden, die im Gestudium der Gegenwart hilflos fragend und fliegend treiben.

Und vor den Sieg einer Klasse haben die Götter immer die soziale Erkenntnis gesetzt!

Es lebe der Klassenkampf!

Von Paul Henning

Wir entnehmen das folgende einem Artikel des bisherigen leitenden Redakteurs der Unabhängigen Volkszeitung, mit dem die von ihrem Verfasser Abschied nimmt. In der gleichen Nummer wird die Unabhängige Volkszeitung den neuzeitlichen Artikel des Genossen Grötsch bringen.

Die Unabhängige Volkszeitung spricht heute ihr Abschiedswort an ihre Leser.

So senkt denn die Unabhängige Volkszeitung als gesondertes Blatt die Waffe, nicht, um sie niedergulegen, nein, um sie durch Vereinigung mit der Kampfraft des stärkeren Bruders gewaltiger, wuchtiger, unüberstießlicher zu machen und um so sichtbarer zu erleben. Niemand als wir kann lobhafter und tiefer die Sorge vertreten, die manchen Leuten hämmerte der bisherigen U. S. P., manchen treuen Freund der Unabhängigen Volkszeitung beschleicht ob der Richtung und des ersehnten stürmischen Weitermarschierens. Über auf Grund des wissenschaftlichen historischen Materialismus wissen wir, daß mit der Reife des Kapitalismus die Klassenkämpfe immer umfassender und gewaltiger werden, daß das zur Verelendung, zum Hunger verdampte Proletariat bei Strafe des Untergangs marschiert muß, daß es keinen andern Weg der Befreiung gibt als den Klassenkampf zur Eroberung der politischen Macht.

Wer ist bang, daß der Marsch durch Vereinigung stoppen könnte? Wer sieht nicht, daß die Not, das Elend, der finanzielle, der wirtschaftliche Zusammenbruch uns auf den Weg des Klassenkampfes geradezu treibt? Wer ist blind für die Klassendiktatur und die Herrschaft des Kapitalismus, der Stinnes, des Bürgerblocks, der innerlich einigen Bourgeoisie in Sachsen? Und da wollte jemand behaupten, die Vereinigte Sozialdemokratie führe zum Rotterbett hinzu?

Wer aus Überstand so empfinden möchte, will selber nicht kämpfen! An ihm liegt es, wenn an der Klarheit des Ringens und an der Schärfe des Kampfes noch Wünschbares fehlt. Um die Sache handelt es sich! Die Vereinigte Sozialdemokratie ruht auf dem unerschütterlichen Grundpfeiler proletarischer Demokratie.

Redes Mitglied ist gleichberechtigt in jeder Versammlung, Sitzung, Körperhaft. Freie Meinungsfähigkeit für alle ist verbürgt. Einige Neigung zur Trübung der Demokratie wird und muß die Organisation von unten auf sofort überwinden. Die "Vorherrschaft" überlassen wir jener terroristischen Partei, die den verdächtigenden Vorwurf gegen andre nur erhebt, um ihre eigene Vorzentrumschaft und Führerdiktatur zu vertuschen.

Noch einmal: Demokratie, Gleichberechtigung, freie Meinung sind der Sitz und das Lebendelement der Vereinigten Sozialdemokratie. Gut. Da wir bisherigen treuen Mitgliedern der U. S. P. das brennende Verlangen haben, den konsequenten Klassenkampf als kostbares Gut willenskraftlicher Erkenntnis und jahrzehntelanger Erfahrung immer schärfer zur Taktik der Gesamtpartei zu machen, so müssen wir eben selber rührig sein. Wir alle! An die Front denn in der Mitgliederversammlung, in der Versprechung, in der Fabrik, der Werkstatt, dem Kontor, der Grube, dem Feld! Oder sollen die paar Wortführer in der Zeitung allein den Kampfgeist haben und sichern? Das wäre eine idöne soziale Kampfstruppe, die die Welt erobern, die Menschheit erlösen will, bei der aber alles vom Führer des geschriebenen Wortes abhängen sollte, bei der man den Kampf von den Zeitungsschreibern allein erwarten wollte. Wahrheit ist: das gemeinsame Organ wird als Waffe so werden, wie die aktive Gesamtbewegung sie formt.

Der Möglichkeiten des Kampfes sind viele. Der Klassenkampf der tief in kapitalistischen Wirtschaft und bürgerliche Einrichtung verlochten weiten und verschiedensten Schichten des schwappenden Volkes erfordert zweckangepaßte Taktik. Oft gebieten Tagesnotwendigkeiten taktische Formeln, die für eine Zeitspanne richtig sind, die aber die Entwicklung später als zu eng erweist, die sie erweitert, wenn die Kampfbedingungen wechseln, wenn der Feind neue Strategie treibt, wenn das Ringen umfangreicheres Schlachtfeld erlebt. Unerschütterlich muß bleiben der Grundzustand des Klassenkampfes — bis jede Klassenherrschaft überwunden ist! Das ist als bindender Einheitswillen festgelegt im gemeinsamen Aktionsprogramm und im Nürnberger Manifest. Über die Taktik pressen wir nicht ein — für allemal in tote Formeln, sondern halten sie lebendig, um den Klassenkampf in jeder Situation wirksam und schließlich tödlich zu machen.

So erfüllen wir die leste Aufgabe, der zu genügen wir durch das lange und fröhliche Wirken für die bisherigen U. S. P. noch gehalten und gebunden sind. Die Erweiterung des Schaffenskreises bedingt erhöhte Pflichten, besonders für

Ein Bauprogramm

Der Wohnungsausschuss des Reichstages beschäftigte sich am Sonnabend mit einem umfangreichen Bauprogramm, das ihm sein Unterausschuss vorlegte. Nach den Beschlüssen des Unterausschusses soll im Jahre 1923 der Neubau von etwa 100 000 Wohnungen angestrebt werden. In den folgenden Jahren soll ein Bauprogramm aufgestellt werden, das die Schaffung von jährlich 200 000 Wohnungen gewährleistet. Als Quellen für die Beschaffung dieser Wohnungen werden angegeben: die restlose Erfassung des vorhandenen Wohnraumes, insbesondere durch Bevölkerungsabschaffung von Doppelwohnungen und Tauschung großer Wohnungen; der Ausbau von Dachgeschossen und der Einbau von Wohnungen in öffentliche und private Gebäude, die sich hierzu eignen; der Wohnungsbauern. Mit den Büschissen aus öffentlichen Mitteln sollen grundsätzlich nur Kleinwohnungen geschaffen werden. Das Reich, die Länder, die Gemeinden und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körpervereinigungen sollen zur Schaffung von Wohnungen für die bei ihnen beschäftigten Personen ausreichende Zuflüsse leisten. An der bisherigen Finanzierung der Wohnungsbauaufgabe wird grundsätzlich festgehalten, da mit Hilfe öffentlicher Mittel die Verpflichtung des vorhandenen Bedürfnisses zur Zeit nicht möglich ist. Die Wohnungsbauaufgabe plant man bewusst zu erweitern, daß aus ihren Erringen jährlich etwa 100 000 Wohnungen hergerichtet bzw. neu geschaffen werden können. Die Abgabe wird der inneren Nachfrage der Mark entsprechend beweglich und so gestaltet werden, daß sie von vierzehn Jahren erhöht oder ermäßigt werden kann. Die Kosten, die Höhe und Geschäftigkeit werden vorwiegend in erhöhtem Betrag der Abgabe angepeilt und erwerbsunfähige Mietnempfänger ganz oder teilweise von ihr befreit werden. Für Bughausungen und solche Vergnügungsräume, die keinem bilden Charakter dienen, ist ebenso wie für Wohnungen, die seit dem Juni 1914 ihrem eigentlichen Zweck entzogen sind, eine besondere Abgabe vorgesehen, die als Ausgleich für die Befreiung besonders bedürftiger Familien von der Wohnungsbauabgabe dienen soll. Die Kohlenabgabe zur Förderung des Vortriebs von Bergarbeiterwohnungen wird beweglich gestaltet und schmäler sein, daß aus ihren Erringen jährlich 20 000 neue Wohnungen gebaut werden können.

Industrie, Handel, Bankgewerbe, Land- und Forstwirtschaft sollen rechtsgerichtlich verpflichtet werden, neben der allgemeinen Wohnungsbauaufgabe besondere Zuflüsse zur Herstellung von Wohnungen zu leisten, soweit sie nicht durch eigene Leistungen auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge etwas Angemessenes schaffen. Schließlich verlangt der Ausschuß von der Reichsregierung einen Gesetzentwurf, nach dem solche Personen, die eine selbständige Wohnung nicht besitzen, aber über ein eigenes Einkommen verfügen, nach Maßgabe ihres Einkommens zu einer Abgabe zum Wohnungsbauantrag herangezogen werden.

In der sehr ausgedehnten Diskussion spielte das Problem der Finanzierung des Wohnungsbauens die größte Rolle. Von verschiedenen Seiten wurde betont, daß sich eine bedeutende Erhöhung der Wohnungsbauaufgabe nicht umgehen lassen werde. Ohne eine Entscheidung zu treffen, verlagerte sich der Auseinandis auf Freitag zur Weiterberatung des Rittertribunals.

Der Fechenbach-Prozeß

München, 18. Oktober. Nach dem Gutachten des Sachverständigen ergibt der Staatsanwalt das Motiv. Er führt aus: Eine Schädigung der deutschen Interessen könne heute dort gegeben sein, wo es früher nicht der Fall gewesen war. Die Veröffentlichung der Gräbiger-Denkchrift durch Fechenbach habe das Deutsche Reich geschädigt. Ihr Inhalt sei zwar schon bekannt gewesen, Fechenbach habe aber fremden Regierungen die Gewissheit geschaffen, daß die Denkchrift authentisch sei. Fechenbach sei sich bewußt gewesen, daß die Veröffentlichung geeignet sei, deutsche Interessen zu gefährden. Mit der Veröffentlichung des Ritter-Telegramms habe Fechenbach absichtlich die Schädigung Deutschlands aus parteipolitischen Gründen herbeiführen wollen. Die Verleiterung Fechenbachs über die bayrischen Geheimorganisationen habe dem Feindkund-Eine Handhabe geliefert zur Zwangseinschließung gegen Deutschland oder aber auch gegen deutsche Bundesstaaten. Was Lemke terroristisch habe, hatte zweifellos gehandelt werden müssen. Das Bureau des Gorges sei ein Spionagebüro gewesen. Schließlich stelle der Staatsanwalt die bereits veröffentlichten Strafanträge.

Als letzter Verteidiger sprach Justizrat Bernstein für Lemke. Er bestätigte sich, daß in dem politischen Kampf der Anderen gesinnung regelmäßig als Esel oder als Esel bezeichnet werde. Der

Schöne, häkliche, tragische, komische in der Mußt. Programm-Mußt. Oper. Schopenhauers Aufklärtheit. Vom Schaffen in der Mußt. Beginn: Dienstag den 17. Oktober 1922 im Hörsaal des Mineralogischen Instituts der Technischen Hochschule, Gartenstraße, 1. Stad. Eingang Sedanstraße. Die für den Schriftsteller Vortrag bereits gelösten Tickets erhalten für diesen Vortrag Gültigkeit.

Fachschoole. Sonntagabend den 15. Oktober Jahnstrasse 11. Ruhm: Erste Erdkundliche Wanderrunde im Thrammsteingebiet. Treffen: Hauptbahnhof, Eingang zur Geschäftsstelle des Verkehrsvereins, 645 Uhr. Abfahrt: 7.10 Uhr. Sonntagabend nach Schanau. — Der Lehrgang über die optischen Instrumente muß umständlichster auf die Zeit nach Weihnachten verschoben werden. Die gelösten Teilnehmerarten behalten Gültigkeit. — Montag den 16. Oktober beginnen: Dr. Friederich W. Böhler: Biologische Lebensgemeinschaft, III. Teil, 7 bis 9 Uhr im Naturkundemuseum der Dreifachschule, Krammstraße 17; Dr. Karl Beunzner: Entwicklung der menschlichen Behandlung zum Kunstwerk, 7 bis 9 Uhr in der Innenschule, Humboldtstraße 3; Dr. Fritz Kapfahl: Die Fragen der Erziehung des modernen Kapitalismus und der Ursprünge des modernen Sozialismus (Arbeitsgemeinschaft), 9.15 Uhr. in der Kreuzschule, Georgplatz 6; Dr. Hans Vollmann: Geschichte der Oper bis auf Hönbels, mit Beispielen am Klavier, 7 bis 9 Uhr im Gesamtsaal der Althütter Höheren Mädchen- und Frauenschule, Bismarckstraße 15. — Dienstag den 17. Oktober beginnen: Ernst Hötzsch: I. Eduard Mörike, II. Hugo Wolf, Mörike (mit Gesang am Flügel), 7.15 Uhr im Gesamtsaal des Studienanstalt Weintraubenhofstraße 3; Professor Oskar Neumann: Auflands geistige Entwicklung in den letzten Jahrzehnten (Augsburg, Dörfelwitz, Tolstoi, Gorki), 7 bis 9 Uhr in der Althütter Höheren Mädchen- und Frauenschule, Bismarckstraße 15; Wolfgang Schumann: Die Bedeutung der Wissenschaft im modernen Kulturlieben, 7 bis 9 Uhr im Erdkundlichen Gefüll, Blochmannstraße 24; Ernst Thiele: Auf Wegen zum selbständigen künstlerischen Erlebnis (Vitrine, Form, Farbe, Raum), 1. Lehrgang, 5.15 bis 7.15 Uhr im Delphinhaus (II. Obergeschloß) der Oberrealschule, Seestadt, Bismarckstraße 4. — Teilnehmerarten zu allen Lehrgängen in der Geschäftsstelle, Georgplatz 6, I. Geschloß: Montags bis Freitags von 10 bis 12 Uhr, Sonnabend von 10 bis 2 Uhr, Dienstags und Donnerstags von 5 bis 7 Uhr) und — solange noch vorhanden — bei den Kursleitern.

Zwei Führungen durch die Gemäldegalerie zum Leben des Vereins Gemaldaus für die Stadt Dresden finden Sonntag, vormittags von 9 bis 10 Uhr statt. Die Kunstschriftstellerin Schulein Heide wird die Bildergeschichte der Spanischen Malerei im 17. Jahrhundert, die in der Gemäldegalerie durch die Meisterwerke Murillo, Velasquez u. a. bestreitet ist, besprechen und davon anschließend den französischen Barock berichten. Die Kunstschriftstellerin Schulein Heide wird ihre Bilder durch die Abteilung der modernen Malerei führen.

Braburh für ein fünfjähriges Moratorium

Der weitgehende Vorschlag Braburhs in der Reparationskommission, Deutschland alle Goldzahlungen für die nächsten fünf Jahre zu kündigen, beweist, daß zum mindesten England gewollt ist, mit der Politik des Fortwurzelns zu brechen, und den Weg zu beschreiten, auf dem allein eine Befriedung Europas erreicht werden kann.

Überläßt zu sagen, daß das Frankreich Poincaré nicht mitmachen will. Poincaré meldet offiziell, daß dieser Vorschlag „schön ist als unannehmbar für die französische Regierung erscheint“. Diese Opposition ist insofern verständlich, als Frankreich auf keinen Fall einer Heraushebung oder Stärkung der deutschen Schulden zukommen kann, ohne eine Sicherheit zu haben, daß auch die französischen Schulden an England und Amerika in ähnlicher Weise geregelt werden. Die französische Politik ist daher bestrebt, eine Entscheidung der Reparationskommission hinauszuschieben, bis die gesamten Fragen auf der Wiener Konferenz Ende November oder Anfang Dezember geregelt oder doch „wenigstens geprüft“ werden. Wie weit man aber in Frankreich gewillt ist, an Stelle des bisher eingenommenen Machtkampfpunktes den Wirtschaftspolitiker und damit die Vernunft zu Wort kommen zu lassen, ist nicht ersichtlich.

Von entscheidender Bedeutung für die Lösung der europäischen Krise wäre es sein, wenn sich die englischen Alarmnachrichten über einen Rücktritt Lloyd Georges

und das Ende der englischen Regierungskoalition bewähren. Mit großer Spannung sah man daher der Birminghamer Rede Chamberlain entgegen. Der konervative Führer erklärte, angesichts der von der Arbeiterspartei kommenden Drohung wäre der Bruch der Koalition ein Verbrechen. Er sollte dann von neuem das Schiedsgesetz der sozialistischen Revolution an die Wand und warnte vor einer Arbeitersregierung, die die Nationalisierung der großen Industrien zur Folge hätte. Er verteidigte die englische Außenpolitik: Die Regierung habe zu verhindern versucht, daß der Kriegsfaßtakt nach Europa getragen würde, und daß die Freiheit der Meerengen, das Hauptziel Englands im Kriege mit der Türkei und die Hauptfrucht des englischen Sieges, erhalten bleibt. Dann holte er zum Schlag gegen die Opposition der Linksliberalen aus: in der Orientkrise sei die Regierung die Erbin der von Aquitaine und Griech eingeleiteten Politik, die bereits Abmachungen mit den Alliierten über die Aufteilung des gesamten türkischen Reiches getroffen

Landesvertragsparagraph darf in den vorliegenden Fällen nicht angewendet werden. Seine Anwendung würde eine Gefahr für die Freiheit der Presse bedeuten. Was Lemke berichtet habe, sei schon vorher bekannt gewesen. Die Täter, die den Gewerkschaftsorganisationen angehören, schlafen ruhig zu Hause. Dienten aber, die das Dasein der Organisationen gemeldet haben, will man im Justizhause schlafen lassen. Die Strafe, die der Staat anwandt, beantworte habe, sei vollkommen ungerecht.

In ganz ausgezeichneten und vornehmen Darlegungen verteidigte Dr. Hirschberg seinen Mandanten Fechenbach. Er bestonte zuerst die Ungültigkeit des volkssicherheitslichen Verfahrens. Dann bestritt er die Gültigkeit des Volksgerichts. Wenn Landesvertrag vorgelegen hätte, dann hätte er vom Reichsgericht abgeurteilt werden müssen. Schließlich machte er im Falle der Erzberger-Denkchrift den Einwand der rechtlosigkeit entwiederten Sache, da Fechenbach diese Denkchrift wegen schon einmal vor Gericht gestanden und dort freigesprochen worden sei. Fechenbach habe weder die Absicht noch das Bewußtsein einer Schädigung deutscher Interessen gehabt. Deshalb könne der Landesvertragsparagraph nicht in Frage kommen. Alle Veröffentlichungen Fechenbachs befassten sich mit Tatjachen, die nicht mehr geheim gewesen waren. Die bayrische Regierungsgewalt und die Regierung Eichendorff habe die Urkunde geöffnet. Wenn die Baupturkunde nichts aus Fechenbachs Berichten keine Schädigung. Der Antrag der Staatsanwaltschaft sei keine Anklage, die ernsthafter Diskussion würdig sei.

Das Urteil wird am 20. Oktober verkündet.

Deutsche Volkspartei und Reichspräsidentenwahl

Der Vorstand der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich am Freitag mit den geplanten Neuwaahlen des Reichspräsidenten und kam nach offiziellen Mitteilungen zu der Auffassung, daß nach wie vor zu berücksichtigen soll, eine Neuwahl hinzugetragen. Mit dieser Taktik erreicht die Volkspartei das, was sie eigentlich zu vermeiden angibt, nämlich die Aufstellung der Leidenschaften durch die Führung eines politischen Kampfes um die Kandidatur des Reichspräsidenten. Nur ein Blick in die Presse liefert hierfür den besten Beweis. Man streift um geplante Kandidaturen, demonstriert und wideruft dann mit den notwendigen Kommentaren die Dementis. Hält es die Volkspartei mit den von ihr für die Hinzuweisung der Wahl angeführten Gründen aus, dann sollte man annehmen müssen, daß sie sich bald mit der fast vollendeten Tatjache abfindet und statt Dauerprüfungen über den Wahltermine abzugehen, lediglich über die Kandidaturen Beratungen pflegt. Unseres Erachtens mäßigt für die Herren der Volkspartei die zur Entscheidung stehende Frage: Entweder Wiederaufnahme des Reichspräsidenten Ebert, dessen Leistungen und Fähigkeiten erst vor wenigen Tagen von der volksparteilichen Presse anerkannt wurden, oder Anstellung eines bürgerlichen Kandidaten und dann Wahlgemeinschaft mit der Deutschen Nationalen Volkspartei.

Das Verhalten der Volkspartei rückt eigentlich sehr sonderbar herüber. Daß vor wenigen Monaten Herr Ebert aus Nationalitätsgründen die deutschnationalen Parteien blieb und schließlich Neuwahl verlangte, fand er die eifige Aufführung des Herren Zahl, der im Auftrag der Gesamtpartei in der öffentlichen Reichstagsitzung sprach. Wie verhält sich diese Stellungnahme zu der heutigen Auffassung der Volkspartei, obwohl doch wohl eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse darum eingetreten ist?

Die Sozialdemokratie ist nach wie vor der Auffassung, daß die Neuwahl am 8. Dezember vorgenommen werden soll. Sie wird diese Stellungnahme auch in der am Montag stattfindenden Versprechung der Parteiführer, an der auch die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei beteiligt sein werden, vertreten.

Die Rechtsopposition widerruft die Meldung, daß von deutlich nationaler Seite geplant ist, Hindenburg als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl zu präsentieren. Wie bezweilen die's Feststellung nicht und wollen ebenso nicht bestreiten, daß ein offizielles Erwachen der deutschnationalen Volkspartei an Hindenburg bisher nicht eingetreten ist. Will aber die Rechtsopposition vielleicht, daß mit Hindenburg anlässlich seiner Anwesenheit in München über seine Kandidatur zur Reichspräsidentenwahl in maßgebenden deutschnationalen Parteitreffen Beratungen geftroffen werden und Herr Zahl, an dessen Kandidatur die Deutsche Nationalen Volkspartei zur Zeit noch ernsthaft denkt, sich erhebt, zu gunsten Hindenburgs gern auf den Präsidentenpost zu verzichten?

bütteln. Und was den letzten Krieg betrifft, so wolle er nicht sagen, daß er hätte vermieden werden können, aber eine bestimmte Erklärung der britischen Politik vor dieser Zeit hätte die Ereignisse im großen Maße beeinflussen können.

Staatssekretär Bergmann

wird, wie die Frankfurter Zeitung meldet, in Paris zu einer Runde mit den Mitgliedern der Reparationskommission einberufen.

Nach der Spaltung in Rom

Von unserm Mailänder Korrespondenten wird uns geschrieben:

Raum dem Spaltungskonflikt haben die neu konstituierten Parteiteile gezögert und Beschlüsse über die Richtlinien für die weitere Arbeit gefaßt. Die Maximalisten haben in diesen Beschlüssen ihrer auf dem Kongreß vertretenen Auffassung von „Subordination und Disziplin“ nachdrücklich Ausdruck verliehen. Die erste Resolution, die in der maximalistischen Parteileitung Annahme fand, unterstellt jede Kraftsitzbildung innerhalb der Partei und das Fortbestehen der Parteizeitung. Die Redakteure dieser Zeitungen sollen ihre Mitarbeit dem Parteivorsitz stellen. Die Konstituierung der Kammerfraktion wurde auf folgender Basis vorgenommen: 1. Alle sozialistischen (nicht maximalistischen) Deputierte sind vollständig und direkt dem Parteidirektorium unterstellt. 2. Jeder Abgeordnete hat seine Kraft der Partei nach Ordnung der Parteileitung zur Verfügung zu stellen. 3. Die Abgeordneten der Kammerfraktion haben zur Garantie der Disziplin einen Vergleich auf ihr Mandat bei der Parteileitung zu hinterlegen. (Geh. Moskauer Kabinett.) Die maximalistischen nicht für die parlamentarische Mitarbeit eingetretene Fraktionen sind zur Aufnahme in die Partei zugelassen. Jeder Abgeordnete oder Deputierte zum Kongreß muß eine ausdrückliche Erklärung über die Annahme sämtlicher Kongreßbeschlüsse abgeben.

Die Kammerfraktion der Unitarischen Partei zieht zusammen mit der Parteileitung und konstituierte den Anschluß von bisher 85 Abgeordneten.

Kleine politische Nachrichten

Mahnmahmen gegen Stubenrauch

Im Falle des Brünnersen Stubenrauch vom Rechtsanwalt in Siegen wird dem Sozialdemokratischen Parlamentsdienst mitgeteilt, daß dem am 19. August aus der Untersuchungsbehörde entlassenen und am 11. September auger Verfolgung freigesetzten Stubenrauch im Anschluß an die Herbstferien durch den Provinzialgericht Michelbach schriftlich eröffnet wurde, daß er der Schule fernzubleiben habe, bis seine Angelegenheit vor Gericht entschieden worden ist. Stubenrauch sei seitdem auch nicht mehr in die Schule gegangen. Auf Grund der Ergebnisse des Leipzig Prozesses werden die Schule beobachten unverzüglich mit dem entsprechenden Nachdruck die gebohrten Schritte im Falle Stubenrauch unternehmen.

Diese aus dem preußischen Kultusministerium kommende Mitteilung gibt also zu, daß Stubenrauch erst im Anschluß an die Herbstferien vorläufig von der Schule entfernt wurde; sie besagt nicht, daß er seit dem 19. August, an welchem Tage er aus der Untersuchungsbehörde kam, bis zu den Herbstferien die Schule nicht mehr besucht habe.

Billige Jugendpflegefahrten

Die Fahrpreisermäßigung für Jugendpflegefahrten wird, wie auch aus den Bekanntmachungen des Autobusvordrucks hervorgeht, ausschließlich nur für Jugendliche, die das 20. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, gewährt und nur für je einen älteren Fahrt auf 10 Jugendliche. Wenn ältere Teilnehmer in deren Zahl mit eingerechnet werden, so wird von allen Teilnehmern der doppelte Fahrpreis, mindestens aber 20 Pf. von jeder Person, erhoben. In Zukunft ist aber auch gerichtliche Verfolgung und Entziehung der Berechtigung für die Vereine zu erwarten.

Die Sonderbelastung der Fremden und der Friedensvertrag

Die Gebühren, die in den verschiedenen deutschen Staaten des Auslandes für die Erlangung der Aufenthaltsgenehmigung auferlegt werden, haben bis zu Vorstellungen bei den deutschen Behörden durch die englische Regierung geübt. Das englische Auswärtige Amt steht darin einen Vertrag gegen den Friedensvertrag. Die Verbündete bildet zur Zeit den Gegenstand der Verhandlung bei den zuständigen Stellen in Berlin.

Das Dekret der deutschen Regierung, daß den Verkehr mit ausländischen Diensten regelt, ist von den Alliierten einstellig aufgenommen worden, jedoch sei es überzeugend, daß noch andere Maßnahmen ins Auge gefaßt werden müssen.

Der Dollar 2721,59

Berlin, 14. Oktober. Wiss.

	14. 10.	16. 10.	18. 10.	19. 10.
Wiss.	Wiss.	Wiss.	Wiss.	Wiss.
Holland	100 Gulden	106288,25	105531,75	104619,-
Dänemark	100 Kronen	54581,50	54069,25	54931,85
Schweden	100 Kronen	72409,85	72590,65	71810,60
Norwegen	100 Kronen	49657,80	49912,20	48289,80
Helsingfors	100 Mark	6812,10	6327,90	6117,80
Schweiz	100 Franken	5617,15	50312,85	50068,75
Spanien (abgest.)	100 Peseten	8,48	8,32	8,48
Spanien	100 Peseten	9298,40	9261,60	9038,65
Budapest	100 Kronen	111,64	104,80	105,14
Belgien	100 Franc	19775,60	19324,40	18825,80
Frankreich	100 Franc	41829,25	41426,75	40945,75
Italien	100 Lire			

Kommunistische Wahllügen

Das kommunistische Volksblatt widmet in seiner Nummer vom 9. Oktober zum ersten Male eine ganze Seite der Wahlbewegung. Auf zum Kampf für eine Arbeiter-Regierung in Sachsen! So ruft das Blatt an der Spitze dieser Wahlberichte aus. Wie es sich diejenen Kampftreibt, das zeigt die folgende Art, mit der es nicht etwa gegen das Bürgertum, das eine rein bürgerliche Regierung durch die Landtagswahl herbeiführen möchte, sondern gegen uns! Die vereinigte Sozialdemokratische Partei, die Partei der Arbeiterklasse und des ganzen werktätigen Volkes, zu Felde zieht. Hier eine Probe:

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Schaut der S.S.P.D. auf die Börsen und nicht aufs Maul! Erinnert euch daran, was die Sozialdemokraten Sachsen getan haben.

Bei der Bildung ihrer Regierung verstanden sie: Vergesellschaftung des Grund und Bodens, Hilfe für die Münner, Beobachtung der Wohnungsnorm, Aneignung für proletarische Kämpfer, Befreiung der Nationalitäten aus den Gewissenden, Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter gegen die Reaktion.

Sie haben ihre Versprechungen nicht ausgeführt. — Als die Sozialdemokraten zur Macht kamen, haben sie durch Entziehung von Überstunden den Achtfurdtag durchbrochen und die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert, die Streikenden belästigt und die Streikbroter durch die Polizei geschürt, die Autor unterstürzt und die Tropfen der Not hilfe gegen streikende Landarbeiter und Eisenbahner eingesetzt, die Erhöhung der Gewerkschaftsunterstützung abgelehnt und die Polizei auf die Arbeitslosen gehetzt, die Staatsgäule trock die Lebensmittelknot an private Böschter abgegeben.

Die Sozialdemokratische Partei hat es aber unterlassen, die Teuerung und den Wucher zu bekämpfen, Anbauzwang und Abgabeplikt für die Landwirtschaft durchzuführen, die großen Wohnungen und Villen für die Wohnunglosen zu beschaffen, die Verpflegung mit Getreide, Kartoffeln und Butter sicherzustellen, die Rechte der Betriebsräte zu erweitern, die reaktionären Beamten zu entfernen und die Reaktion in Sachsen zu entwaffnen, die Klasse ihrer zu entfernen, mit der Reaktion in der Schule aufzurücken, die Schule im Sinne der Arbeiterschaft zu erhalten und die Schulspeisen durchzuführen, die unrentable Geburtshilfe einzuführen, Kinder- und Jugendliche auszubauen.

Die sozialdemokratische Regierung hat es nicht gewagt, für die Arbeiterschaft einzutreten, sie kuschte vor der Bourgeoisie.

Das kommunistische Volksblatt wird in dieser Nekrologie im Wahlwindel nicht mehr überboten werden können. Soviel Sache, soviel Lügen sind hier auf engem Raum zusammengebracht. Wir brauchen nur die Tatsachen freien zu lassen, um die ganze bedenlose Unwahrhaftigkeit und Verleumdungssucht der kommunistischen Wiederholer auch den Nachläufern dieser Lügengeschichten zu offenbaren. Darum stellen wir nur kurz folgendes fest:

Die sächsische Regierung hat durch ihr Bödenvergeschenk, durch das Gesetz über den Verkauf mit Grundstücken und durch die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz den Weg beschritten, der bei folgerichtiger Weiterverfolgung zur Vergesellschaftung von Grund und Boden führen wird.

Gesetz der Freistaat Sachsen hat trotz seinen finanziellen Rötten und der Absehung verschiedener zu ihrer Befriedigung notwendiger Steuererlassen durch die Kommunisten auf dem Gebiete der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner und für rentenlose Hilfsbedürftige in Deutschland vorbildlich gewirkt.

Vom sächsischen Staate sind zur Förderung des Wohnungsbaus von Ende 1919 bis Ende 1921 rund 14 000 Wohnungen bezuschusst worden; außerdem wurden in Sachsen gegen 500 Reichsheimstätten errichtet. Die Gemeinden haben von dem Rechte der Zwangsbaunaufstellung in großen Wohnungen und Villen bereit in großem Umfang Gebrauch gemacht.

In seinem deutschen Lande sind so viel Verurteilte begnadigt worden wie gerade im Freistaat Sachsen.

Das Gesetz der Reaktionäre über die Durchsetzung der Verwaltungen mit frischem Blut beweist das Gegenteil der kommunistischen Behauptung, daß auf diesen Gebieten nichts geschehe; ja wegen selber politischen Gesinnung allein kann natürlich kein Beamter entlassen werden, wenn er sich in den verfassungsmäßigen Grenzen hält und nicht offenbar gegen die Republik intrigiert.

Der Kampf am Döber

Roman von Victor Hugo

Annoischen kam das Geräusch der Ruderijäge näher. „Orientieren wir uns,“ sagte Clubin. „Wir haben noch rechts, dreihundert Schritt von hier, einen zweiten Posten, Numero 618, der noch lebt, und noch links eine Sollmache, d. h. lieben Bewohner, die in fünf Minuten hier sein können. Der Helfen wird umzingelt. Entkommen ist unmöglich. Auß zu ist der Leidnam.“

Montaine war einen Blick auf den Revolver.

„Na,“ sagte Clubin, „es ist ein sehr hübsches Ding. Vielleicht ist es nur mit Pulver geladen. Aber was macht das. Ein Schuß und alles, was Watson trägt, ist hier. Wedrigens sind sechs Augen drin.“

Die Stimme von Herrn Clubin wurde immer sanfter. „Montaine, wenn die Männer in dem Boot, das gleich anlegt, wüßt, was Sie hier eben gemacht haben, so würden sie den andern helfen. Sie festschnallen. Sie bezahlen an Juyla für die Überfahrt zehnmark Frank. Nebenbei bemerkt, hätten Sie es bei den Schwagern billiger haben können. Aber Sie haben auch wieder recht. Da hätten Sie nur bis England bringen können, und dann hätten Sie es riskiert, nach Guernsey zu kommen, wo man die Ehre hat, Sie zu kennen. Aber ich sehe zur Situation zurück. Montaine, Ihre Holenträger sind dorvalt, auf der einen Seite steht Ihre Uhr. Bitte, behalten Sie sie.“

„Danke, Sieur Clubin.“

Auf der andern haben Sie eine kleine eiserne Büchse mit einem Schnepperbüch. Es ist eine alte Matrosenabzugsbüchse. Nehmen Sie sie heraus und werfen Sie sie herüber.“

„Aber das ist ja Diebstahl!,“ rief Montaine entrüstet.

„Es steht Ihnen frei, die Wache zu rufen.“ Und Clubin sah: „Hört in die Augen.“

„Öffnen Sie, Sieur Clubin,“ lachte Montaine. Er hielt seine Hand ausgestreckt und tat einen Schritt.

„Weiden Sie, Sieur Clubin.“

„Weiden Sie, wo Sie sind, Montaine.“

„Sieur Clubin, verhindern wir uns. Ich bitte Ihnen die Hände.“

Clubin freute die Arme, so daß der Knall des Revolvers unter seinem Arm heraußschallte.

„Montaine, wofür halten Sie mich? Ich bin ein Ehrenmann.“ Noch kurzem Stillstande legte er hinzu: „Ich brauche das Ganze.“

Montaine merkte zwischen den Röhnen: „Der Herr ist schlimmer als ein Bandit.“

Das Augen Clubins leuchtete auf. Seine Stimme wurde laut und schneidend. Er rief: „Sie verfassen die

Der von den Kommunisten geforderten Bildung eines Selbstschutzes der Arbeiter steht Artikel 177 des Friedensvertrages entgegen; den Ausbau und die Festigung der Reichswehr und Schuhpolizei zu wirklichen Schutzmitteln der Republik gegen die Reaktion haben gerade die Kommunisten durch ihre Deiche gegen den Eintritt von Arbeitern in die Reichswehr und die Schuhpolizei nach Kräften hintertrieben.

Über Kunden sind nur bewilligt worden, wenn es im Interesse der Wirtschaft und der Arbeiterschaft unabdinglich notwendig war, und zwar zum Teil mit ausdrücklicher Zustimmung kommunistischer Betriebsräte.

Streikende sind weder bestimmt noch Streikbrecher geschützt worden; allerdings ist gegen Verbrechen und Gewalt der staatliche Schutz gewährleistet worden, auf den jeder Staatsbürger in einem geordneten Reichstaat Anspruch hat.

Bei Landarbeiter-, Eisenbahner-, aber sonstigen Streiks wurde die Technische Not hilfe nur dort eingesetzt, wo entgegen den Bestimmungen der Gewerkschaften die Notstandsarbeiten durch die Streikenden infolge kommunistischer Verhinderung vermieden und so wichtige Nahrungsmittel und andre lebensnotwendige Güter dem Bedarf preisgegeben oder Menschenleben gescherzt wurden.

Die Erwerbslosenunterstützung ist gerade auf Betreiben der sächsischen Regierung durch das Reichsarbeitsministerium möglichst den jeweiligen Teuerungsverhältnissen angepaßt worden; die Polizei griff bei Erwerbslosendemonstrationen nur ein, wenn sie angegriffen wurde und sich selbst oder bedrohte Staatsbürger schützen mußte.

Neben der ausschließlich an außerordentlich tüchtige und besonders bewährte Landwirte zur Steigerung der Lebensmittelversorgung erzielten Weiterverpachtung von Staatsgütern hat der sächsische Mittelstandsbund die ehemaligen Montegüter in eigene Verwaltung genommen und für die Viehzucht und Handwirtschaft umgestellt.

Bei Bekämpfung von Teuerung und Wucher hat die Regierung die Preisprüfung organisiert und immer wieder beim Reich zweckentsprechende Maßnahmen gefordert; allerdings hat sie sich immer im Gegensatz zu den Kommunisten, die unter Auflösung der Gewerkschaften zu diesem Zwecke zu erweitern, die reaktionären Beamten zu entfernen und die Reaktion in Sachsen zu entwaffnen, die Klasse ihrer zu entfernen, mit der Reaktion in der Schule aufzurücken, die Schule im Sinne der Arbeiterschaft zu erhalten und die Schulspeisen durchzuführen, die unrentable Geburts hilfe einzuführen, Kinder- und Jugendliche auszubauen.

Die sozialdemokratische Regierung hat es nicht gewagt, für die Arbeiterschaft einzutreten, sie kuschte vor der Bourgeoisie.

Das kommunistische Volksblatt wird in dieser Nekrologie im Wahlwindel nicht mehr überboten werden können. Soviel Sache, soviel Lügen sind hier auf engem Raum zusammengebracht. Wir brauchen nur die Tatsachen freien zu lassen, um die ganze bedenlose Unwahrhaftigkeit und Verleumdungssucht der kommunistischen Wiederholer auch den Nachläufern dieser Lügengeschichten zu offenbaren. Darum stellen wir nur kurz folgendes fest:

Die sächsische Regierung hat durch ihr Bödenvergeschenk, durch das Gesetz über den Verkauf mit Grundstücken und durch die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz den Weg beschritten, der bei folgerichtiger Weiterverfolgung zur Vergesellschaftung von Grund und Boden führen wird.

Gesetz der Freistaat Sachsen hat trotz seinen finanziellen Rötten und der Absehung verschiedener zu ihrer Befriedigung notwendiger Steuererlassen durch die Kommunisten auf dem Gebiete der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner und für rentenlose Hilfsbedürftige in Deutschland vorbildlich gewirkt.

Vom sächsischen Staate sind zur Förderung des Wohnungsbaus von Ende 1919 bis Ende 1921 rund 14 000 Wohnungen bezuschusst worden; außerdem wurden in Sachsen gegen 500 Reichsheimstätten errichtet. Die Gemeinden haben von dem Rechte der Zwangsbaunaufstellung in großen Wohnungen und Villen bereit in großem Umfang Gebrauch gemacht.

In seinem deutschen Lande sind so viel Verurteilte begnadigt worden wie gerade im Freistaat Sachsen.

Das Gesetz der Reaktionäre über die Durchsetzung der Verwaltungen mit frischem Blut beweist das Gegenteil der kommunistischen Behauptung, daß auf diesen Gebieten nichts geschehe; ja wegen selber politischen Gesinnung allein kann natürlich kein Beamter entlassen werden, wenn er sich in den verfassungsmäßigen Grenzen hält und nicht offenbar gegen die Republik intrigiert.

Die sozialdemokratische Regierung hat es nicht gewagt, für die Arbeiterschaft einzutreten, sie kuschte vor der Bourgeoisie.

Das kommunistische Volksblatt wird in dieser Nekrologie im Wahlwindel nicht mehr überboten werden können. Soviel Sache, soviel Lügen sind hier auf engem Raum zusammengebracht. Wir brauchen nur die Tatsachen freien zu lassen, um die ganze bedenlose Unwahrhaftigkeit und Verleumdungssucht der kommunistischen Wiederholer auch den Nachläufern dieser Lügengeschichten zu offenbaren. Darum stellen wir nur kurz folgendes fest:

Die sächsische Regierung hat durch ihr Bödenvergeschenk, durch das Gesetz über den Verkauf mit Grundstücken und durch die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz den Weg beschritten, der bei folgerichtiger Weiterverfolgung zur Vergesellschaftung von Grund und Boden führen wird.

Gesetz der Freistaat Sachsen hat trotz seinen finanziellen Rötten und der Absehung verschiedener zu ihrer Befriedigung notwendiger Steuererlassen durch die Kommunisten auf dem Gebiete der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner und für rentenlose Hilfsbedürftige in Deutschland vorbildlich gewirkt.

Vom sächsischen Staate sind zur Förderung des Wohnungsbaus von Ende 1919 bis Ende 1921 rund 14 000 Wohnungen bezuschusst worden; außerdem wurden in Sachsen gegen 500 Reichsheimstätten errichtet. Die Gemeinden haben von dem Rechte der Zwangsbaunaufstellung in großen Wohnungen und Villen bereit in großem Umfang Gebrauch gemacht.

In seinem deutschen Lande sind so viel Verurteilte begnadigt worden wie gerade im Freistaat Sachsen.

Das Gesetz der Reaktionäre über die Durchsetzung der Verwaltungen mit frischem Blut beweist das Gegenteil der kommunistischen Behauptung, daß auf diesen Gebieten nichts geschehe; ja wegen selber politischen Gesinnung allein kann natürlich kein Beamter entlassen werden, wenn er sich in den verfassungsmäßigen Grenzen hält und nicht offenbar gegen die Republik intrigiert.

Die sozialdemokratische Regierung hat es nicht gewagt, für die Arbeiterschaft einzutreten, sie kuschte vor der Bourgeoisie.

Das kommunistische Volksblatt wird in dieser Nekrologie im Wahlwindel nicht mehr überboten werden können. Soviel Sache, soviel Lügen sind hier auf engem Raum zusammengebracht. Wir brauchen nur die Tatsachen freien zu lassen, um die ganze bedenlose Unwahrhaftigkeit und Verleumdungssucht der kommunistischen Wiederholer auch den Nachläufern dieser Lügengeschichten zu offenbaren. Darum stellen wir nur kurz folgendes fest:

Die sächsische Regierung hat durch ihr Bödenvergeschenk, durch das Gesetz über den Verkauf mit Grundstücken und durch die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz den Weg beschritten, der bei folgerichtiger Weiterverfolgung zur Vergesellschaftung von Grund und Boden führen wird.

Gesetz der Freistaat Sachsen hat trotz seinen finanziellen Rötten und der Absehung verschiedener zu ihrer Befriedigung notwendiger Steuererlassen durch die Kommunisten auf dem Gebiete der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner und für rentenlose Hilfsbedürftige in Deutschland vorbildlich gewirkt.

Vom sächsischen Staate sind zur Förderung des Wohnungsbaus von Ende 1919 bis Ende 1921 rund 14 000 Wohnungen bezuschusst worden; außerdem wurden in Sachsen gegen 500 Reichsheimstätten errichtet. Die Gemeinden haben von dem Rechte der Zwangsbaunaufstellung in großen Wohnungen und Villen bereit in großem Umfang Gebrauch gemacht.

In seinem deutschen Lande sind so viel Verurteilte begnadigt worden wie gerade im Freistaat Sachsen.

Das Gesetz der Reaktionäre über die Durchsetzung der Verwaltungen mit frischem Blut beweist das Gegenteil der kommunistischen Behauptung, daß auf diesen Gebieten nichts geschehe; ja wegen selber politischen Gesinnung allein kann natürlich kein Beamter entlassen werden, wenn er sich in den verfassungsmäßigen Grenzen hält und nicht offenbar gegen die Republik intrigiert.

Die sozialdemokratische Regierung hat es nicht gewagt, für die Arbeiterschaft einzutreten, sie kuschte vor der Bourgeoisie.

Das kommunistische Volksblatt wird in dieser Nekrologie im Wahlwindel nicht mehr überboten werden können. Soviel Sache, soviel Lügen sind hier auf engem Raum zusammengebracht. Wir brauchen nur die Tatsachen freien zu lassen, um die ganze bedenlose Unwahrhaftigkeit und Verleumdungssucht der kommunistischen Wiederholer auch den Nachläufern dieser Lügengeschichten zu offenbaren. Darum stellen wir nur kurz folgendes fest:

Die sächsische Regierung hat durch ihr Bödenvergeschenk, durch das Gesetz über den Verkauf mit Grundstücken und durch die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz den Weg beschritten, der bei folgerichtiger Weiterverfolgung zur Vergesellschaftung von Grund und Boden führen wird.

nisten. Sie sprachen über die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands. Der Russe sagte: „Die Erfüllungspolitik, das war der Sündenfall der Unabhängigen. Ihr Einfluß hat es durchgesetzt, daß Deutschland den Frieden von Versailles angenommen und das sich dem Ultimatum von London angelebt hätte, dann wäre es in unlösbarer Konflikt mit der Entente geraten, die Blockade wäre wieder verhängt, das Ruhrgebiet wäre in Deutschland ausgebombt. Dann wären die Arbeiter gezwungen gewesen, die Revolution zu machen. Deshalb wäre es die revolutionäre Pflicht der Unabhängigen gewesen, die Annahme des Friedensvertrages und des Ultimatums mit allen Mitteln zu verhindern. Da sie das Gegenteil getan, sich für die Annahme eingesetzt haben, haben wir das Reich, sie Verräter an der Revolution zu nennen.“

Das ist das offene Eingeständnis eines Kommunisten, daß die Herbeiführung der Hungersnot und des fürchtbarsten Elends das Ziel der Moskauer und also auch der deutschen Kommunisten ist. Mit den kommunistischen Arbeitern würde eine Verständigung leicht möglich sein, aber mit derartig gewissenlosen, die Not des Volkes aus Parteidogma herbeiziehenden Demagogen, die von Moskau beauftragt werden, ist sie ausgeschlossen. Auch die kommunistischen Arbeiter werden aber mehr und mehr erkennen, zu welchen Zwecken sie genutzt werden. Sie werden das Eigentum, mit dem sie unwohnen werden, in entschlossener Hand zerreißen.

Der Hilferuf der Hungersrauter

Der sächsischen Reaktionäre ist die Ungeduldigkeit im bürgerlichen Kreisen über die Haltung der gegenrevolutionären Parteien, die in der Aussicht einer besonderen Mittelstandspolitik ausdrückt, sehr ungewöhnlich. Denn haben sich die Vertreter der sächsischen Mittelstandserziehung die gleichzeitig führende Stellung in den Reihen der Rechtsparteien einzunehmen, zu folgendem Hilferuf aufgeschwungen:

Durch die Tagezeitungen geht die Nachricht, daß der preußischen Mittelstandspartei angehörige Abgeordnete Dreyfus für eigene mittelständische Züge zur sächsischen Landwirtschaft wirtschaften will. Nachdem bereits die maßgebenden Organisationen des Handwerks und Handels die verberbliche Eigenbrüderlichkeit entschieden unzulässig habe, erhebt es sich jetzt, der Öffentlichkeit ausdrücklich mitzuteilen, daß die Sächsische Mittelstandspartei diesen Sonderbetriebungen völlig fernsteht. Sie fordert ihre Mitglieder auf, sich durch Querlisten nicht verleiten zu lassen, vielmehr ihre Stimme einer der großen bürgerlichen Parteien zu geben. Der Wind steht links.“

Hörst du, ihr Arbeiter! Der Wind steht links. Die gesamte Reaktion kämpft geschlossen gegen die Arbeiterschaft. Sie will euch von neuem heften und rotteln machen. Denkt daran den Wahltag. Berstet den laubernen Plan der kapitalistischen Einheitsfront. Stärkt die sozialistische Regierung. Wählt sozialdemokratisch!

Die Querliste der Wirtschaftspartei

Wir berichten fürgleich über Voraussetzungen zur Errichtung einer neuen Partei, die den Namen Aufbaupartei erhalten und hauptsächlich wohl den Zweck haben sollte, einem mandatären Herrn möglichst zu einem Sitz im Landtag zu unterstellen. Doch sonstige Gründung hat sich jetzt mit den mittelständischen Wirtschaftspartei zur Auffüllung gemeinsamer Komiteeteilung verständigt und vereinigt. Die aus dieser Partei hervorgegangene Kandidatenliste für Ost Sachsen sieht so aus: 1. Rittermeister Hartmann, Gotha, 2. Schriftsteller und Vorleser Müller-Heim, Dresden, 3. Kaufmann Heidrich, Schandau. Bei dieser Zusammensetzung, besonders den Namen des zweiten Kandidaten sieht, dem wird manches über die Begründung zu der neuen Partei“ Kleidung und Parteidoktrinierung klar werden. Der alles entzieht als fröhliche Spötter leistete sich wieder einmal einen klugen Wit.

Der neue Spionenlandrat des Zentrums

Sächsische Angelegenheiten

Die Leitung der Nachrichtenstelle

Der Chemnitzer Volksstimme ist von angeblich entunterrichteter Seite folgende Mitteilung zugegangen:

Befannich ist vor kurzem der bischöfliche Seiter der Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei, der Teufelsklospartier Dr. Boehm, aus seinem Amt ausgeschieden. Den Informationsdienst für die Presse hatte der Ministerpräsident Genosse Bud übernommen, wie von der Staatskanzlei gemeldet wurde. Es war für den Eingeweihten klar, daß es sich dabei nur um ein Provisorium handeln könnte, da — zumal während der anstrengenden Zeit des Wahlkampfes — die ganze Kraft eines Mannes erforderlich war, um die zahlreichen Aufgaben des Ministerpräsidenten die ganze Kraft eines Mannes erfordern. Wie wir zu hören, soll in allerdringlicher Frist das Amt des Beauftragten neu besetzt werden; über die Wahl der Verantwortlichkeit war von möglicherweise Stelle noch nichts bestimmtes zu erhalten, doch verlautet, daß ein zuverlässiger Republikaner in Aussicht genommen ist.

Es ist nicht ganz richtig, wenn in der vorstehenden Mitteilung gefaßt wird, daß nach dem Ausscheiden Dr. Boehms aus der Nachrichtenstelle Ministerpräsident Genosse Bud den Informationsdienst für die Presse übernommen habe. Dieser Dienst wird vielmehr vom den in der Nachrichtenstelle tätigen Journalisten versehen, und zwar nach den Anträgen, die sie vom Ministerpräsidenten jetzt unmittelbar erhalten, während sie ihnen früher durch Vermittlung des Leiters der Nachrichtenstelle erteilt wurden. Uns ist nicht bekannt, daß dem bestehenden Zustand etwas geändert, d. h. also die Stellung des Leiters in allerdringlicher Frist neu besetzt werden soll. Nach unseren Erfundungen trifft die Mitteilung, die die Chemnitzer Volksstimme erhält und veröffentlichte, nicht zu.

Die Arbeiterschaft in der Landwirtschaft

(N.) Die Arbeitsmarktlage, die bisher infolge ausreichender Beschäftigungsmöglichkeiten in der Industrie als gänzlich gescheitert werden konnte, verschlechtert sich immer mehr. Aus allen Bezirken des Landes werden Arbeiterentlassungen und Arbeitsverfügungen in der Industrie gemeldet; Neuinstellungen erfolgen auch nur noch verhältnismäßig häufig. Insolgedessen erwacht den öffentlichen Arbeitsnachweisen in erhöhtem Maße die Pflicht, Erwerbslose in der Landwirtschaft unterzubringen, die zur Zeit der einzige noch aufnahmefähige Beruf ist.

Diese Aufnahmefähigkeit erstreckt sich im großen ganzen aber nur auf ledig Arbeitssuchende, wobei zu berücksichtigen ist, daß zwar männliche Personen Beschäftigung finden, soweit sie sich zur eingeräumten für die Landwirtschaft eignen, daß jedoch ungünstige männliche Personen, besonders über 18 Jahre alte, trotz dem Arbeitsmangel von den Landwirten nur ungern angenommen werden. Die Arbeit mit dem Spannbetrieb und dessen Wartung und Pflege setzt wie so manche andre landwirtschaftliche Tätigkeit neben ausreichendem Kenntnisstand eine gewisse Veranlagung voraus, die den meisten in nicht landwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten jungen Leuten abgeht und in solchen Fällen auch nicht angelernt werden kann. Nicht unterzubringen sind aus verschiedenen Gründen verheiratete Arbeiter mit unverheiratheten Kindern. Der bevorstehende Winter verzögert außerdem die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft beträchtlich.

Den nicht landwirtschaftlichen Arbeitgebern ist dringend empfohlen, jede notwendig werdende Entlassung unter weitestgehender Berücksichtigung der Möglichkeit vorzunehmen, daß der oder die zu Entlassende Aufnahme in der Landwirtschaft finden kann. Die öffentlichen Arbeitsnachweise, an die man sich vor Arbeitsentlassungen zweckmäßigstens wenden möchte, sind in der Regel weitere Lustigkeit über den Bedarf von Arbeitskräften in der Landwirtschaft zu geben.

Altershilfe des deutschen Volkes

(N.) Am 13. Oktober stand im Ministerium des Innern die Schlüsselung des sächsischen Landesausschusses der Altershilfe des deutschen Volkes unter dem Vorsteher des Kreishauptmanns a. D. Voßman statt.

Nach Mitteilung des Geschäftsführers, Regierungssamtmanns Benndorf, beträgt das Gesamtgebnis 10 888 000 M. Von dieser Summe sind den einzelnen Bezirken 7 666 000 M. zugute gekommen, so daß zur Lösung des allgemeinen Aufgaben der Altershilfe im Lande (nach Abzug der Geschäftsaufholen in Höhe von insgesamt 24 Prozent des Gesamtgebnisses, das sind 2 577 000 M.) ein Beitrag von 8 666 000 M. zur Verfügung steht. Der Landesausschau besteht auf Vorschlag des Vorstehenden, den beiden Hauptkommissarier über die bisherigen 70 Prozent hinaus 15 Prozent des Gesamtgebnisses, das sind 1 371 000 M. zur Verwendung nach eigenem Erlassen zurückzugeben. Die Regierungsumme von 1 294 000 M. wird dem Landesamt für Wohlfahrtspflege überwiesen mit der Bestimmung, daß von diesem Betrage insbesondere die Landesaltersheime 1 194 000 M. und die beiden alten Wohlfahrtspfleger und Wohlfahrtspflegerinnen 100 000 M. erhalten sollen.

Der Vorsteher dankte für die allzeitige ideale und materielle Unterstützung vor allem dem Ministerium des Innern. Als besten Zeichen waren erschienen Ministerialrat Freiherr v. Welt und sein Regierungsrat Dr. Ulrich. Er sprach noch den Dank aus, daß das verdienstvolle Werk der Nachrichtenstelle schon im Hinblick auf die Entwicklung der Markt bedeutsam erkannt wurde. Erst recht rückte an einen warmen Appell an die Regierungsräte auf geschäftsbritischem Wege die Möglichkeit zu schaffen, daß auch die Altershilfe in den Arbeitskreis der Landeswohlfahrtspflege wirksam eingegliedert werde.

Die fällige Bandmann-Ente

Bürgerliche Blätter teilen mit: „Wie aus zuverlässiger Quelle berichtet, wird der Minister Lipinski in den nächsten Tagen mit seinen Entschließungen aufzutreten...“ Die Meldung kommt aus der Görlitz-böhmischem Korrespondenz des Herrn Dr. Bandmann, der sie sich zum Zwecke der Wahlkampagne gegen die Sozialdemokratie wünscht, wie manche andre Meldung aus den Firmen angegeben hat. So sieht die „zuverlässige Quelle“ der bürgerlichen Presse aus: Die „zähligen Entschließungen“ sind nichts anderes als die fällige Bandmannsche Wahrheit.

Das Beamtenministerium hat in seiner Sitzung vom 18. Oktober 1922 beschlossen, Rekordordnungen über eine weitere Verkürzung des Gesetzes vom 1. Juli 1918, die Besteuerung des Gewerbebetriebs im Bergbaurevier betreffend (GesL S. 121), sowie über die Besteuerungsgrenze bei dem Miet- und Kaufvertragstempel zu treffen.

Bauniederlassung — gesetzliche Miete. Wie das Ministerium des Innern in Nr. 19 des Ministerialblattes für die Sächsische innere Verwaltung vom 3. Oktober 1922 bekanntgibt, können Betriebe der Baubetriebe zu der nach der Bekanntmachung in der Sächsischen Staatszeitung vom 18. Juli 1922 von der Bauniederlassungskammer geplanten Bauniederlassung auf den Antrag für Betriebskosten angerechnet werden.

Eisenbahnschäden in Löbau. Mittwoch abends gegen 11 Uhr fuhr die Zug- und Postomnibuslinie des Güterzuges 5074 bei der Rüdersdorfer Straße nach dem Gleisraum dem einfahrenden Güterzug 5018 bei der Weiche 68 gegenüber dem Gleisraum, in die Planke. Die Postomnibuslinie und die Wagen des Güterzuges 5018 kollidierten, wodurch beide Hauptgleise gesperrt wurden. Personen wurden nicht verletzt.

Stadt-Chronik

Die Zeitung der Geeinten

Die Unabhängige Volkszeitung nimmt heute mit einer besonders reich ausgestatteten Nummer Abschied von ihren Lesern. In einem lokalen Hinweis der U. B. heißt es:

Unsre heutige letzte Ausgabe enthält an der Spitze der zweiten Seite einen Artikel des leitenden Redakteurs der Dresdner Volkszeitung, des Genossen Grätsch. Er wurde aus Anlaß der Zusammenlegung der beiden sozialdemokratischen Organe für beide Blätter verfaßt. Die Dresdner Volkszeitung unterrichtet umgekehrt auch den Leiters des Genossen Hennig aus unterliegenden Wocheneditionen bezüglich allen Lesern, so daß die Worte der beiden Genossen alle Leser der bisherigen beiden Zeitungen erreichen. Zum ersten und legenmal schrieben beide in beiden Organen, um von nun an gemeinsam in dem zusammengelegten einen Organ, der Dresdner Volkszeitung, zu arbeiten.

Von nächster Woche an tritt Genosse Hennig in den politischen Teil unserer Redaktion ein, während Genosse Grätsch bis zur Ausgabe für den 8. Kreis bearbeiten und sich auch in anderen Teilen unserer Zeitung betätigen wird. Von Montag an erscheint also die Dresdner Volkszeitung als das Organ der geeinten Sozialdemokratie.

Einschränkung der öffentlichen Brotverfütterung

Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung erläutert genau Bekanntmachung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft eine Bekanntmachung, wonach vom 15. Oktober an Personen, deren steuerpflichtiges Einkommen für das Kalenderjahr 1921 nach dem Einkommensteuerbericht für 1921 oder, falls ein solcher bei Feststellung der Verfütterungsberechtigung noch nicht zuge stellt worden ist, nach ihrer Einkommensteuererklärung für die alleinstehende Person 30 000 M., für den Haushaltsvorstand 30 000 M. zugleich 15 000 M. für jeden in dem gemeinsamen Haushalt verpflegten Haushaltangehörigen übersteigen hat, nicht versorgungsberechtigt sind. Das gleiche gilt für Personen, deren Einkommen, ohne daß eine inländische Einkommensteuerpflicht für das Kalenderjahr 1921 bestand, die obengenannten Zölle übersteigt hat. Personen, die danach nicht versorgungsberechtigt sein würden, deren Einkommen im Wirtschaftsjahr 1922/23 aber das Verschärfen des erlaubten Einkommens nicht übersteigt, bleiben versorgungsberechtigt. Personen, die nicht mehr versorgungsberechtigt sind, aber Brotaufwands bereit sind über den 14. Oktober hinaus erhalten haben, sind verpflichtet, die Brotskatzen Reihe V Nr. 8 an die zuständige Brotskatenausgabestelle zurückzugeben.

Gegen diese Verordnung des Reichsernährungsministers wird mit Recht eingewendet, daß sie im Augenblick ihres Inkrafttretnens schon veraltet ist. Die erwähnten Einkommenszölle liegen, da es sich dabei um Jahresinkommen handelt, infolge der Geldentwertung längst unter dem Ersatzminimum. Die Verordnung ist deshalb so funktlos wie nur denkbare. Die sächsischen Stadtverwaltungen haben darum durch den Sächsischen Gemeinderat bei der Reichsstelle gegen diese Verordnung protestiert.

Lebriegen bleibt auch ganz unklar, wer als Haushalt angehöriger zu gelten hat. Ein hieriges Blatt schreibt dazu: Der Gemeindeverband selbst ist nicht in der Lage, darüber eine Auskunft zu geben, da nähere Ausführungsbestimmungen zur Reichsverordnung fehlen. Es muß daher dem Haushaltsvorstand überlassen, selbst gewissenhafe Feststellungen darüber zu machen, ob er versorgungsberechtigt ist und welche Personen er als Haushaltangehörige betrachtet. Zum mindesten dürfen die Dienststellen als solche auszugehen sein. Weiterungen werden bei einer sorgfältigen Behandlung der Angelegenheit nicht entstehen, denn wie aus einer uns vom Gemeindeverband ausgegangenen Mitteilung hervorgeht, wird dieser bei der starken Annahmenahme der verfügbaren Kräfte und dem unverhältnismäßig hohen Kosten, die die Errichtung eines neuen Nachprüfungsapparates erfordert würde, voraussichtlich nicht in der Lage sein, eine Nachprüfung der Berechtigung zum Brotskatenbezüge vorzunehmen.

Steckbrief gegen einen Rathenau-Mörder

(N.) Der Steckbrief gegen den als Mörder und Helfer des Mörder des Reichsministers Dr. Raiblau getöteten, am 1. Oktober 1908 in Kiel geborenen Günther Brandt ist nunmehr an den Anwaltsämtern verschiedener Städte erschienen. Brandt hat in Ausführung des Nordblans den Führer des Mordautos Ernst Werner Tedrow in Dresden von der Bahn abschalt und wegen der Beschaffung des Mordautos in Freiberg verhandelt. Er ist mit dem Mordauto mit Tedrow nach Berlin gefahren, wo das Auto bekanntlich unter Tedrows Führung zu der Ausführung des Mordes benutzt worden ist. Gegen Brandt ist vom Untersuchungsrichter des Staatsgerichtshofes die Voruntersuchung wegen Beihilfe zu der Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau eröffnet worden. Das auf den Platz angebrochene Bild Brandts zeigt ein qualifiziertes Gesicht mit intelligenten Augen von festem, entschlossenen Ausdruck. Wer auf Ermittlung und Ergreifung des Brandt beiträgt, hat Anspruch auf Beteiligung an der für Ermittlung des Täters ausgeschriebenen Belohnung von 1 Million Mark. Anzeigen nimmt jede polizeiliche Dienststelle entgegen.

Erhöhung der Gas- und Strompreise

Das städtische Betriebsamt schreibt uns: Nach der amtlichen Bekanntmachung vom 12. Oktober tritt bei den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken für den Oktoberbericht auf, für den die Meldung im November aufgestellt und einlaufen wird. Erhöhungssperiode: eine Erhöhung des Gaspreises von 22 M. auf 24 M. je Kubikmeter und des Strompreises für 24 h: von 42 M. auf 55 M., für Kraft-Hochspannung und Wechselstrom von 30 M. auf 44 M. und für Kraft-Hochspannung von 30 M. auf 40 M. je Kilowattstunde ein.

Die Preissteigerungen, die von den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken durch Bekanntmachung vom 29. September für die 5. Erhöhungssperiode (Septemberbericht) vorgenommen werden und beim Vergleich mit den im August gelieferten Gas- und Strompreisen außerordentlich hoch erscheinen müssten, haben bereits Anfang gegeben, die Gründe der Preissteigerung nicht darzulegen. Die Kostensteigerung, die zu der harten Erhöhung der Gas- und Strompreise im September nötigte, hat sich fortgesetzt. So sind beispielweise die Preise für städtische Steinholz vom September auf Oktober weiter von 6857 M. auf 8827 M. und für Riedelaufer Brüste von 3660 M. auf 4182 M. — allenfalls ab Größe — erhöht worden. Die Riedelaufer Brüste sind bereits erhöht worden, deren Verbrauch zu befürchten war.

Die Preissteigerungen, die von den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken durch Bekanntmachung vom 29. September für die 5. Erhöhungssperiode (Septemberbericht) vorgenommen werden und beim Vergleich mit den im August gelieferten Gas- und Strompreisen außerordentlich hoch erscheinen müssten, haben bereits Anfang gegeben, die Gründe der Preissteigerung nicht darzulegen.

Die Preissteigerungen, die von den städtischen Gas- und Elektrizitätswerken durch Bekanntmachung vom 29. September für die 5. Erhöhungssperiode (Septemberbericht) vorgenommen werden und beim Vergleich mit den im August gelieferten Gas- und Strompreisen außerordentlich hoch erscheinen müssten, haben bereits Anfang gegeben, die Gründe der Preissteigerung nicht darzulegen.

Der Materialbedarf der städtischen Betriebe soll aus. Zugleich sind auch die Löhne von 58 M. in der ersten und 68 M. in der zweiten Septemberhälfte auf 79,80 M. (für volljährige gelehrte Arbeiter) vom 1. Oktober erhöht worden. Die Verhandlungen über die Neuregelung der Beamtenbesoldung werden von einer neuen Tarifvereinigung abgelöst. Zugleich man hiernach mit der Möglichkeit eines weiteren Steigens der Gehaltslisten im Laufe des Jahres zu rechnen hat, ist, um berechtigten Bünden der Verbraucher entgegenzukommen, diesmal die Festlegung der Gas- und Strompreise für Oktober erfolgt, sobald die neuen Gehaltspreise bekannt waren. Es sollte nunmehr das städtische Gas das 21-fache, der städtische Strom für Licht das 110-fache, für Kraft, Hochspannung und Gleisstrom, das 220-fache, für Kraft-Hochspannung, das 22-fache des Friedenspreises, während vergleichsweise städtische Steinholz ab Größe auf 42-fache und Riedelaufer Brüste auf das 500-fache des Friedenspreises gestiegen sind.

25475 Wohnungssuchende

Die Wohnungsnöte nimmt immer noch zu. Die Zahl der beim Wohnungsmärkte bisher überhaupt eingereichte Anträge betrug Ende August 50 477. Die Zahl der noch vorliegenden Anträge, denen noch nicht entsprochen werden konnte, stieg im August von 24 958 auf 25 478. Auch die Zahl der Wordinglichen hat sich im genannten Monat etwas erhöht; sie beträgt zur Zeit 6689. Nur 1064 Wohnungssuchende konnten im gleichen Monat aus dieser oder jener Art erledigt werden. Das Räumungsverboten wegen Schwarzbezugs wurde im Berichtsmonat in 28 Häusern durchgeführt. Durch Sauberkeit wurden im Monat August 48 Wohnungen mit zusammen 120 Wohnräumen und 37 Säcken für den Wohnungsmarkt beschafft.

Berüttigung von Brotdreieck ist verboten. Der Gemeindeverband Dresden und Umgebung schreibt uns: Nach § 44 des Reichsgesetzes über die Regelung des Vertriebs mit Getreide aus der Zeit 1922 darf Brotdreieck, auch gequetscht, geschnitten oder sonst geschnitten, sowie Weiß aus Brotdreieck nicht verfüllt oder zur Bereitung von Buttermitteln verwendet werden. Die zweitens wesentlich ungünstigere Brotdreieckerei gegenüber der im Vorjahr läuft es doppelt angezeigt erscheinen, dieses Verfüllungsverbot mit einem Radiergummi durchzuführen. Alle Landwirte und sonstigen Erzeugern von Brotdreieck werden erneut auf die strengste Einhaltung dieser Vorschriften hingewiesen. Die zuständigen Gemeindebehörden und die Gendarmerie sind angemahnt, Jura-Behandlungen unanständig zu verfolgen.

Nach höhere Milchpreise. Auf Grund der vom Milchproduktionsverband Sachsen für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober 1922 vorgenommenen Regelung der Milchpreise ist der Kleinhandelspreis für das Liter Vollmilch vom 16. Oktober 1922 an für Dresden auf 80 Pf. ob Ladem. 31 Pf. bei Hausbahn, ob Wagen festgesetzt worden.

Eine verunglückte Autostreifahrt. Der 38jährige Kraftwagenführer Friedrich Hermann Thierbach hatte seinen Arbeitgeber, den Direktor einer Aktiengesellschaft, gegen Abend nach Leubnitz-Raaschau gefahren und benutzt nun die bis gegen Mittwochabend freie Zeit zu einer Besichtigung mit dem Auto. Er besuchte in Rippau Bekannte und machte von da aus in Gesellschaft mehrerer Teilnehmer eine Partie nach Wendischendorf. Kurz nach Beendigung dieser Tour verunglückte Th. mit seinem Wagen, als er in größter Geschwindigkeit in Nähe einer Kreuzung prallte. Bei dem Unfall wurden fünf Teilnehmer der Partie teilweise mehr, teilweise weniger beschädigt. Thierbach selbst erlitt einen leichten Handbruch und einen Zwischenbruch. Die weiteren Genossen sind alle besser weggekommen. Der Besatzungsanzahl ist für eine ernste Verbindung dieses Falles ein, wenn auch Th. schon rechtzeitig und durch seine Belegungen sich schwer verletzt worden ist. Das Gericht verurteilte ihn zu 8000 M. Strafe oder zu 80 Tagen Gefängnis.

Schärfes Einschreiten gegen Milchantikörper. Der 1876 zu Cöthen geborene, in der Wernecker wohnhafte Milchhändler Max Cöller kam in die neue Schottengasse Dresden wegen Verfälschung von Milch durch Zugabe von Wasser zu 1 Monat Gefängnis und zu 20 000 M. Strafe verurteilt; auch wurde auf Veröffentlichung des Urteils in den Dresden Zeitungen erkannt. Damit, der seine Milch von der Molkerei Gebrüder Pfund beigelegt, hat der ihm zum Verkaufe überlassenen Milch in genuinster Weise immer wieder Wasser zugesetzt, obwohl er schon wiederholt verwarnt und bestraft worden ist. Gegen Pfund verhängt man keine Strafe mehr, obwohl er ebenfalls verdeckt und versteckt werden soll in Zukunft, wie in der Urteilstberichtigung ersichtlich wurde, noch viel stärker eingeschüchtert werden.

Wahrung vor Fahrdienstleben bei Benutzung der Straßenbahn. Im letzten Jahr sind erneut Fälle gemeldet worden, in denen Straßenbahnfahrgäste Opfer von Fahrdienstleben geworden sind. Diese benutzen zumeist das an den Haltestellen beim Auf- und Absteigen erlaubte Gedränge, um unbemerkt an ihre Opfer heranzutreten. Den Fahrgästen wird empfohlen, beim Auf- und Absteigen und beim Einfahren in Park besetzten Straßenbahnen auf ihre Sachen gut aufzusehen. Damen mögen besonders darüber wachen, daß ihre Handtasche verschlossen und der Verriegelung gesichert ist.

Eine Million Ermemann-Kamerads. In aller Welt sind heute die Ermemann-Werke, Dresden, im Kamerads und Anbau tätig, und ihre Erzeugnisse sind sehr beliebt und hoch nachgefragt. Soeben wurde im neuesten Klapp-Kamerad Modell 9:12 die millionste Ermemann-Kamerad fertiggestellt, ganz zu schweigen von weiteren Millionen billiger Amateurbüroapparate.

Policiebeamte! Die für Montag angelegte Polizeibeamtenversammlung im Rathaus, Dresden-N. in der Justizminister Dr. Siebold ist wieder aufgezogen worden, muß wegen bringender Verbindung des Referenten ausfallen und auf einen anderen Termin verlegt werden. Der neue Termin wird rechtzeitig bekanntgegeben werden.

Einen Ladeneinbruch verübten in der Nacht zum 6. September die beiden 20-jährigen, schon vorbestraften Arbeiter Gustav Adolf Babis und Wig. Rudolf Brunne. Sie gelangten in ein in der Biegelstraße befindliches Geschäft von der Hausnummer von über 70 000 M. Das Schöffengericht verurteilte Babis zu 6 Jahren und Brunne zu 4 Jahren Gefängnis und eben zu drei Jahren Ehrenstrafe.

Explodieren eines 10 000-Volt-Schalters. Am Freitag vor 11 Uhr explodierte im Weißfeltswerk ein 10 000-Volt-Schalter, wodurch in den Stromleitungen aus den städtischen Elektrizitätswerken Störungen eintaten. So waren verschiedene Straßenbahnen eine Viertelstunde lang ohne Strom.

29. Volksschule. Die am Donnerstag in der Turnhalle der 29. Volksschule veranstaltete Wahlversammlung war überaus gut besucht. Herr Lehrer Döhlisch sprach über weltliche und Christliche Schule. Herr Professor Dr. Laube über die Kirchenschule. Der es nun wichtig oder Unwichtigkeit der Sache. Herr Professor Laube verließ es möglich, auf den Kern der Frage einzugehen; er sprach von allem möglichen, nur nicht von Religionsunterricht, den die Kinder erhalten sollen. Weil unter Volk nur einmal verzerrt und geflüstert sei, so müsse man auch die Schulen korrigieren. Eltern und Erzieher, schneidet auch eine derartige Hartherzigkeit nicht ins Herz! Was in anderen Ländern, in Schweden, Dänemark, Holland, Amerika und in der Schweiz möglich ist, das sollte doch auch in Deutschland möglich sein. Die Versammlung wurde eröffnet, dass die Freunde der Jugend, die Freunde des Schulforschungssatzes auf der Seite der weltlichen Schule zu finden sind. Interessant war die einmündende Feststellung eines Religionslehrers, dass Eltern und Abendgebete zum überwiegenden Teil aus den sogenannten christlichen Familien verstreut sind. Die weltliche Schule ist die Schule der Zukunft. Diese Hoffnung durchdringt auch uns. Eltern und Mütter der 29. Volksschule, nächsten Sonntag habe ihr Gelegenheit, eure Stimme für die weltliche Schule abzugeben. Keiner fehlt!

Hilfskund der aus Elßab-Börlingen vertriebenen Deutschen. Anlässlich der am Sonnabend und Sonntag hier stattfindenden Tagung der Bandesgruppe Sachsen vom Hilfskund der aus Elßab-Börlingen vertriebenen Deutschen veranstaltet die Ortsgruppe Dresden heute abend von 7 Uhr an im Saale der Loge, Blumenstraße 8, einen Unterhaltungskabinett, wozu auch Gäste aus der Einwohnerchaft, insbesondere aus den Kreisen der Flüchtlinge und Auslandsbürgern, willkommen sind. Die Vorstellung folgt neben einer Kellerei-Ruhr und Gefang. elßische Tänze in Bandestraße und die Aufführung eines Schwanzes in elßischer Mundart.

Der Kartallendienst verurteilt. Wie der Dresden Polizeibesicht vor einigen Wochen meldete, konnte der 1878 zu Raundorf (Kreischausmannschaft Vienna) geborene Bädermeister Robert Emil Ritz als verdächtig ermittelt werden, der vor der Hauptmarkthalle in überaus breiter Weise von den dort aufgefahrenen Wagen, insbesondere Butter, Eier und dergleichen begehrte Sachen gestohlen hatte. Das Schöffengericht verurteilte Ritz, der bereits vorbestraft ist, zu einem Jahre Gefängnis. Die Untersuchungshaft kommt in Auseinandersetzung.

Gemeinschaftlichen schweren Diebstahl verübten der Würzburger Steinmetz Alois Dorigo und die gleichaltrige aus Wöhren stammende Knechte Susanne Roschit, beide sind schon oft vorbestraft. Dorigo hatte am Tiefenauer die Wohnung eines Arbeiters entrohnt und daraus verschiedene Kleidungsstücke und andere Gegenstände geholt. Die Roschit machte bei dem Diebstahl den Aufsichter. Bei einer andern Gelegenheit unterschlug sie 600 M., die sie zum Bezahl eines Rechnung verhinderten. Sie behält das Geld für sich und gab es in Gesellschaft mit Dorigo aus. Das Gericht verurteilte Dorigo zu 2 Jahren Buchthal und 3 Jahren Ehrenstrafeberlust, die Roschit zu 4 Monaten Gefängnis.

Sonnäßliche Sonderfilmvorführung in den Kammerspielen. Die 10. sonnäßliche Sonderfilmvorführung zu ermäßigten Preisen am Sonntag vor 10½ Uhr weist wiederum ein gemäßigtes Programm mit Filmen aus Natur, Wissenschaft und Technik auf, aus welchem insbesondere ein langer Film vom Deutsch-Camerazischen Apensparadies und ein Film über die exotische Vogelwelt neben Filmen von dem Betriebe des Berliner Haupttelegraphenamtes, über Tuberflosen und Königsgenstrahlen hervorgehoben sind.

Zentral-Theater. Am Sonntag finden zwei Vorstellungen statt und zwar nachmittags 5 Uhr und abends 7½ Uhr. In der Nachmittagsvorstellung gelangt das vollständige Programm ungekürzt zur Aufführung.

Konzerte im Städtischen Ausstellungspalast. Am Sonntag finden nachm. 4 Uhr und abends 7½ Uhr im Konzertsaal Feierabendkonzerte statt. Die Kapelle besteht aus 30 Künstlern und wird ein ausserwöchentliches Programm bieten.

Bürgelmieterausdruck Biesdien-Trachenberge. Montag Bürgelmietveranstaltung im Deutschen Haus, Großenbacher Straße, für den 1. Unterbezirk. Wahl der Delegierten. Anfang abends 8 Uhr. — 2. Unterbezirk. Dienstag Bürgelmietveranstaltung im Restaurant Kotte, Moritzstraße 2. Wahl der Delegierten. Anfang abends 8 Uhr. — Bürgelmieterausdruck Biesdien und Oppelnvorstadt. Montag, 7½ Uhr abends, Versammlung jämmerlicher Straßenschlüsse und Unterbezirk im Restaurant zum Röntgenbau, Königsbrücke Straße 17. Tagessitzung: Delegiertenwahl. — Bürgelmieterausdruck Gruna. Die Sitzung des Witterauausschusses ist auf Montag den 18. dieses Monats, abends 7½ Uhr, im Restaurant Hanbold, Bödenberger Straße 60, verlegt.

Bürgelmieterausdruck, innerer Altstadt. Montag, abends 7½ Uhr, in den Amtsräumen (kleiner Saal), Bischofplatz, außerordentliche Bürgelmietveranstaltung. Wahl der Delegierten. — Bürgelmieterausdruck, Biesdien-Trachenbergc. Montag, abends 8 Uhr. Bürgelmietveranstaltung des 3. Unterbezirks bei Watzke (kleiner Saal). Wahl der Delegierten.

Zentralverband der Handelsgehilfen, Ortsgruppe Dresden. Sämtliche Bezirksführer werden erfragt. Donnerstag den 19. Oktober in der Geschäftsstelle, abends 8 Uhr, zu einer Versprechung zu erscheinen. Es finden folgende Verhandlungen statt: Montag: Bezirk Johannstadt, Restaurant Novak, Süderstraße 35; Dienstag: Bezirk Oppelnvorstadt Restaurant Adalbertsbad, Fichtestraße; Mittwoch: Bezirk Frauen Restaurant Vogelfänger, Chemnitzer Straße; Donnerstag: Bezirk Striesen Restaurant zur Eiche, Quittstraße. Beginn der Versammlungen abends 7½ Uhr.

Dresdner Umgebung

Radeburg. Worb. Der Bädermeister Klunzner, Dresden-Stadt und sein Freund, der Bädermeister Schüppold, ebenfalls aus Dresden-Stadt, fuhren am Donnerstag mit der Eisenbahn nach Radeburg, um Bilz zu suchen. Abends gegen 8½ Uhr fanden drei auf dem Gelände befehligte Arbeiter in der Nähe der Arbeitsmühle an der Altebrüder-Straße, unweit des Fabrikweges nach der Waldschänke des Bädermeisters Klunzner und Schüppold, ersteren mit einer Schubwunde in der Brust. Schüppold ergänzte, ein Radfahrer habe Klunzner nach der Zeit gefragt, ihm die Uhr zu kaufen und schließlich auf ihn geschossen. Klunzner aber, der noch bei Belebung war, enttarnte Schüppold und schoss auf ihn geschossen, weil er seine Frau befreien wollte. Schüppold bestritt dies aber. Gestellt wurde, dass Klunzner vor seiner Uhr bei sich trug. Ein Arztemeister wurde bei Schüppold schließlich eingestanden, den Klunzner aus Radeburg, die benachrichtigt wurde, wurde der Verletzte ins Krankenhaus nach Radeburg geschafft, verstarb aber schon auf dem Krankenbett dahin. Der Tormordete ist 87 Jahre alt, neun Jahre verheiratet und hinterlässt ein halbjähriges Kind.

Wetteritz. Montag abend 8 Uhr Sitzung des Schulausschusses in Müller's Restaurant.

Aus dem Parteileben

Flugblattveröffentlichung!

Morgen Sonntag wird in sämtlichen Gruppen und Bezirken das erste Wahlflugblatt zur Landtagswahl veröffentlich. Die Gruppen und Bezirksleiter, Arbeiterspartizip und Gewerkschaftler werden erinnert. Es über die Wahlgruppen und Wahlbezirke, die im Landesteil der Volkszeitung bekanntgegeben werden sind, zu informieren, was sie zur Unterstützung des Reichsstaates geplant haben.

Drei-Kreis-Frauen-Konferenz

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 6 Uhr, im Regierheim, Friedstraße (kleiner Saal): Bildlige Konferenz. Die Genossin Landtagsabgeordnete Hümmel spricht über: Die bevorstehenden Landtagswahlen und die Frauen. Außerdem ist als zweiter Punkt ein Vortrag über: Die Frau als Schrift und Geschworene, vorgesehen. Im Anhänger der Bildlichkeit der Tagesordnung wird zahlreiches Erfreuen der Genossinnen an dieser Konferenz erwartet.

Sozialdemokratischer Gemeinschaftsclub. Die Vorstandsmitglieder familiärer Arbeitergemeinschaften sozialdemokratischer Beamtin sowie die Vertreterinnen der Beamtenschaft müssen unbedingt am Montag, abends 7½ Uhr, in der Vertragsmänner-Wahlversammlung im Volkshaus, Saal 2, erfasst werden. Genossin Bröse spricht über die Vorarbeiten zur Landtagswahl.

Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Verwaltungsbürokrat (Ministerium des Innern, Kultus, Wirtschafts- und Finanzministerium und nachgeordnete Behörden). Am Mittwoch abends 18. Oktober findet abends 7½ Uhr in den Carolinen-Sälen, Gerichtsstraße, eine öffentliche Versammlung der Verwaltungsbürokrat. Minister Belli spricht über: Die deutsche Wirtschaftsnot und die sächsischen Landtagswahlen. Die Vertragsmänner werden erfasst, ebenso auf diese Versammlung außerordentlich zu machen. Handzettel werden noch zugesetzt.

5. Unterbezirk

Gruppe 5. Friedrixcstadt. Montag, abends 8 Uhr, im Saale der Loge, Blumenstraße 8, einen Unterhaltungskabinett, wozu auch Gäste aus der Einwohnerchaft, insbesondere aus den Kreisen der Flüchtlinge und Auslandsbürgern, willkommen sind. Die Vorstellung folgt neben einer Kellerei-Ruhr und Gefang. elßische Tänze in Bandestraße und die Aufführung eines Schwanzes in elßischer Mundart.

6. Unterbezirk

Bezirk Naumburg. Montag, abends 7 Uhr, im Gasthof zu Böhlitz: Erste Mitgliederversammlung der Vereinigten Partei. Vorsitz des Genossen Redakteur Größig über: Gera, Angerburg, Rötha. Gemeinsame Kreisbericht. Neuwahl der Verwaltung. — Sonntag, vorm. 8 Uhr, von Schneider's Restaurant, Niedersedlitz. Die Vertragsmänner werden erfasst, ebenso auf diese Versammlung außerordentlich zu machen. Handzettel werden noch zugesetzt.

Bezirk Pesterwitz. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Cossebaude, Zwickau, Kemnitz und Umg. nächstes Dienstag, abends 7½ Uhr, sehr wichtige Verwaltungssitzung in der Wohnung des Genossen Kirschb. Möhliche.

Gruppe Blasewitz. Montag Sonntag, vorm. 8 Uhr, Flugblattverbreitung vom Restaurant Gute Quelle, Tollwitzer Str. 18 aus.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Montag, abends 7½ Uhr, sehr wichtige Verwaltungssitzung in der Wohnung des Genossen Kirschb. Möhliche.

Bezirk Blasewitz. Montag Sonntag, vorm. 8 Uhr, Flugblattverbreitung vom Restaurant Gute Quelle, Tollwitzer Str. 18 aus.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Bezirk Radeburg. Dienstag, abends 8 Uhr, gemeinsame Mitgliederversammlung im Gasthof Pesterwitz, Landtagswahl, Neuwahl der Verwaltung.

Mäntel

Neue Eingänge wunderschöner molliger Wintermäntel
in riesenhafter Auswahl :: Wir bieten große Preisvorleile

Mäntel

für junge Mädchen, in malierten, halb-harten Stoffen, mit einfacher, breiter Tuchblende, gelbblau

1650

Mäntel

in schweren, dunkelbrauen Winterstoffen, mit schwader Seidenstepperei

2950

Mäntel

schwere, sandfarbige Diagonalfutterstoffe, Krägen, farbige Tuchunterblende, Knopflücher, Tasche

3650

Mäntel

in idylleren Winterstoffen, mit farbigem Rippennuster, jugendlicher, hübscher Mäntel

3800

Mäntel

in grauen Homespunstoffen, weite, elegante Form, mit ausgelegten Taschen und Knopfgarnitur

4950

Mäntel

in einfarbigen, festen Winterstoffen, soilder Mäntel, in dunkelbraun, grün und dunkelgrau

5800

Mäntel

in sandfarbigem, schwarem Winterdiagonal, elegante Schläpferform, offen und geschlossen zu tragen

6200

Mäntel

in molligem, hellem Winterflocken, mit reizvoller Knöpferei und schwadstoffen Hermelin

6650

Mäntel

in wunderbaren Homespunstoffen, beliebte Schläpferform, reizgender Jungmädchenmantel

7800

Mäntel

in pa. dunklem, dezentgestreiftem Winterflocken, mit modernem Ledersaum

9500

Mäntel

in graumeliertem Blaujoh, moderne, bildschöne Karo, mit reizvollen Sederdejag, elegante Schläpferform

10800

Mäntel

in sandfarbigem und tubfarbigem Tuch, bildschöne, elegante Formen

12500

Messow & Waldschmidt

Brennenschwarten

und dielectric, empfohlener
Sägewerk Dzuiko, Birkigt
im früheren Bahnhof. - Telefon 31. 1111

Spezialität: Sportschuhe.

Gummi-BeSchlung!

Garantiert haltbar
Eidener wasserbeständiges Klebeverfahren

Nur mein Klebeverfahren
bedingt die enorme Haltbarkeit der Gummibeschläge

Kernleder-Beschläge ausnahmsweise billig

Erste Dresdenner
Gummibeschläge

E. Bareiß

Obereorgasse 12
Ecke Prager Straße.

[w 100]

Wettinerstraße 15, Bönschplatz 18
Ecke Wintergartenstraße. Dresden-Nordstadt: Bauzwing-Straße 25, Goethestraße
Straße 22. Dresden - Löbtau: Ecke
Kesselsdorfer und Kleine-Witzer Straße
(W. Ziegelsdorf).

Spezialität: Sportschuhe.

Färbe zu Hause

Kleider, Blusen, Tücher,
Bänder, Strümpfe, Garne,
Gardinen, Spitzen u.s.w.
nur mit

Heitmann's Farben

Best-
bewährt
Größte
Auswahl

Andere Farben zurückweisen

Aleinige Fabrikanten:
Gebr. Heitmann Köln-Düss.

Zu haben in allen Drogenhandlungen.

Viert. u. Lager: Richard Uhlitz, Dresden-A.

Pillnitzer Straße 96 - Fernspr. 2946.

[w 100]

Wettinerstraße 15, Bönschplatz 18
Ecke Wintergartenstraße. Dresden-Nordstadt: Bauzwing-Straße 25, Goethestraße
Straße 22. Dresden - Löbtau: Ecke
Kesselsdorfer und Kleine-Witzer Straße
(W. Ziegelsdorf).

Spezialität: Sportschuhe.

Herren-
Garderobe

Jackett-Anzüge, Sommeranzüge und verkleidene Karosse

Brutschenanzüge, Gutways und Gehrock-Anzüge

Militär- und reiterliche Modelle

Moderne Gummi-Mäntel

Winterjuppen

Schlüpfen

Covercoats. Überlappen kaufen Sie vor-

teilhaft bei

Reich Große Brüder-

gasse 14, 1.

bei Mobia im Hause.

Geflügelte - Flasche werden zugeschweißt

[w 100]

Wettinerstraße 15, Bönschplatz 18
Ecke Wintergartenstraße. Dresden-Nordstadt: Bauzwing-Straße 25, Goethestraße
Straße 22. Dresden - Löbtau: Ecke
Kesselsdorfer und Kleine-Witzer Straße
(W. Ziegelsdorf).

Spezialität: Sportschuhe.

Gardinen

aller Breiten, abgeschnitten und unterteilt. Stores, Flanellen, klein und groß, farbig, und sonst Spannkästen, Blätterkästen, Tüpfenkästen.

Große Auswahl! Wirklich preiswert!

Vergleich, Gardinenabnehmer P. Weiß

Dresden - Neustadt, Brün - Peter - Straße 12

Strandstr. 5, 6, 7, 12, 13 (Gina, Pragerstr.).

[w 100]

etwa 1000 Stück

und mehr

Der frühere Polizeistampf gegen die Arbeiterklasse

Die Polizei im Königreich Sachsen war dafür bekannt, dass sie die Arbeiterorganisationen mit den reaktionären Mitteln und einer bis aufs Blut auftreibenden Radikalität im dem Wahne verfolgte, die Ausbreitung der sozialistischen Idee hemmen zu können. Das Sozialistengesetz wurde besonders in Sachsen mit einer Härte und Sicherheitsdrückigkeit durchgeführt, durch die sich die Polizei weit über die Grenzen Sachsen hinaus verhielt mochte. Als 1890 das Sozialistengesetz fiel, hörten in Sachsen die polizeilichen Verfolgungen der Arbeiterklasse nicht auf, sondern nahmen nur groteskere Formen an. Das von Beust geschaffene Verfolgungsgesetz wurde auf Weisung des Ministers Rostitsch-Kollwitz und v. Meusel das Mittel, die Sozialistenverfolgung weiter rücksichtslos durchzuführen. Herr v. Meusel durfte im Landtag unter dem Weisung der Liberalen ausführen:

"Es muss dem revolutionären Geiste der Polizeibehörden ein gewisser Aufschwung, eine gewisse Partizipatheit gestattet sein. Und wenn wir diesem Standpunkt aus die Polizeibehörden die sozialdemokratischen Vereine mit etwas schärferem Maße messen, so entspricht dies allerdings auch den Intentionen der Regierung."

Diese niedrigträchtige Unterdrückung der Arbeiterschaft veranlasste 1897 August Bebel zu seinem Buch: Die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts im Königreich Sachsen. In ihm gab er für ein Jahrzehnt eine Blätterzeit der Polizeimethoden, welche sie aus der Sammlung der Parteigenossen und der Presse bekannt geworden waren. Tropfend Bebel damit die sächsische Polizei öffentlich an den Pranger stellte, hörte die Radikalpolitik nicht auf, sondern es wurden nur neue Methoden ausgeschüttet und angewandt. Insbesondere geschah dies bei der Reichstagswahl 1903, die in ihrem Ergebnis Sachsen den Titel das rote Königreich einbrachte, denn von 23 Wahlkreisen fielen infolge der Polizeiaktion 22 der Sozialdemokratie zu. Im Jahre 1907 unternahm es Olpinski in der Schrift: Die Polizei in Sachsen, für ein weiteres Jahrzehnt die Arbeit Bebels auf gleicher Grundlage zu ergänzen.

Dann kam die sogenannte liberale Ära im Reich und brachte 1908 das Reichsvereinigungsgesetz. Die beiden erwähnten Schriften haben wohl stark dazu beigetragen, das Vereinsrecht weiter zu gestalten. Aber wer meinte, dass nun auch die sächsische Polizei ihren Stumpf gegen die Sozialdemokratie einstellen würde, der war stark im Irrtum. Die Polizei sollte unter Leitung des Ministers des Innern, Graf von Bismarck, nicht aus ihrer reaktionären Hant heraus und suchte durch neue Methoden den Stumpf gegen die Sozialdemokratie fortzuführen.

Das Vereinsrecht schwächte die Polizeiaktivität stark ein, es entfiel die Einreihung und Ergänzung der Mitgliederlisten bei der Polizei, geistlose Vereinsversammlungen durften nicht mehr politisch überwacht werden usw. Das wurde sehr bald vom Ministerium als Mangel empfunden. In einem beratlichen Mandatsschreiben des Ministers des Innern vom 19. Oktober 1909 wurde darüber Klage geführt, dass es in den ländlichen Bezirken und den Kleinstädten an der politischen Beobachtung der politischen Bewegung mangelte, während in den Großstädten dies besser funktioniere. Es wurde hervorgehoben:

Außerdem aber verdanken auch die großstädtischen Polizeibehörden ihre eingehende Kenntnis der politischen Bewegungen in der Hauptstadt ganz anderen Gründen als der ausgesprochenen amtlichen Überwachung. Hier wurde also die Bewunderung von Spiegeln in der Arbeiterbewegung bestätigt.

Belegt wurde, dass durch den Wegfall der Mitgliederlisten der Polizei die Möglichkeit erschwert worden sei, führende Persönlichkeiten der Sozialdemokratie feststellen und bedrohen zu können. In einer Verordnung vom 27. Oktober 1909 wurde darauf hingewiesen, dass die Sozialdemokratie ihre außerordentliche Seite mit der Gewerkschafts-, Kaufmanns- und Gewerbegerichts-, Erbgerichtskassen- und Arbeiterschiedsgerichtswahlen als Kandidaten aufstellte und diese Listen zusammen und durch die Einberufung öffentlicher Versammlungen zu ergänzen seien. Diese Sammlung ist wichtig.

Mit der Häufigkeit, mit der von andern Behörden, insbesondere den Militärbehörden, nach der etwaigen Hausaufenthaltsbefreiung eingehend gefragt wird, ist eine befürchtete genaue Registrierung solcher Personen bringend gegeben.

Über die Sozialdemokraten waren nicht genügend festgestellt. Die Adresse des "Staatsfeindes" konnte durch Wegzug verloren gehen, deshalb wurde beim Polizeipräsidium in Dresden ein Generalregister aller Käufe in den sozialdemokratischen Führer angelegt, das durch Austausch zunächst der Polizei der Großstädte und der Amtshauptmannschaften, später auch der mittleren Städte, laufend ergänzt wurde. Diese idiosyncraticen Listen erfreuten sich auf die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsbewegung; sie wurden auch mit den Bundesstaaten und dem Reich ausgetauscht und ergänzt.

Auf dem Parteitag in Magdeburg (1910) teilte Lüders, ein vertrauliches Bürkner des kommandierenden Generals des 7. Armeekorps in Münster, Freiherrn v. Bising, mit. In dem Bürkner hieß es:

"Die ersten Maßregeln, die gleichzeitig mit der Bekanntmachung des Gefangenheitszustandes getroffen werden müssen, sind die Unterdrückung aller aufführerischen Tendenzen verfolgenden Blätter und die Verhaftung der Redakteure, sowie überhaupt aller als Führer und Agitatoren bekannten Personen ohne Rücksicht auf die Immunität der Reichsabgeordneten."

Diese Publication erreichte in der Presse ungeheures Aufsehen und die angebrochene Wahnahme wurde allgemein verurteilt. Durch solch einen Proteststurm ließ sich aber weder das Militär noch die Polizei einschüchtern. Im Gegenteil, die Verhandlungen zwischen Militär und Polizei wurden fortgesetzt.

Zum Mai 1913 wurden Anweisungen über die Unterdrückung innerer Unruhen bei Erklärung des

Kriegszustandes gegeben. Die Post- und Eisenbahnbehörden wurden aufgefordert, Listen über die in den letzten zehn Jahren entlassenen Arbeiter und Beamten zu führen und sie den Polizeibehörden und dem Militär laufend einzuteilen.

Die Polizei stellte Listen sozialdemokratischer Führer und Gewerkschafter auf, die im Falle des Kriegszustandes verhaftet werden sollten, und zwar durch die Polizei unter eventueller Mithilfe des Militärs. Die Druckereien sozialdemokratischer Zeitungen sollten geschlossen, die Redakteure und Führer verhaftet werden. In der Anwendung hieß es:

"Die Schließung der Druckereien würde durch Beschlagnahme des Materials, Versiegelung und Unbrauchbarmachung der Maschinen, durch Wegnahme wichtiger Teile der Maschinen erfolgen. Die Redakteure und Verleger müssten mit verhaftet werden. Vereine mit sozialdemokratischen Tendenzen werden nicht ohne weiteres geschlossen, sondern erst, wenn erforderlich, auf Befehl der Militärbefehlshaber. Die Außerbetriebsetzung des Telegraphen mit dem Polizeizustandserdachtheide und dem Postgebäude in Dresden sei in Betracht zu ziehen."

In einer Verlog waren sämtliche Fernsprechnummern der Vossischen Zeitung, des Volksblatts und der Gewerkschaften angegeben. So waren alle Vorbereitungen zur Vernichtung und Erdrosselung der Arbeiterunternehmungen getroffen worden. Dann fanden abschließende Anordnungen vom 25. Juli 1914 vom Kriegsministerium. Es heißt darin:

"Es ist nicht erwünscht, dass politische Parteien, durch Unterdrückung ihrer Presse und Verbaltung ihrer Führer von vornherein in einen scharfen Gegenzug zur Regierung hineinsteigen werden. Dazu ist ein abwartendes Verhalten, bei strenger Überwachung gegenüberüber der sozialdemokratischen Presse und Partei, angezeigt. Schärfere Maßregeln sind jedoch sofort zu erweitern, sofern Presse und Partei durch ihr Verhalten sich dieser Missachtung un würdig zeigen und sich damit selbst ins Unrecht setzen. Die Freiheit der Person jedes Deutschen ist zu achten, solange der einzelne das Recht davor nicht noch den Strafgesetzen verweilt hat. Planmäßige vorsorgende vorbereitende Verhaftungen sind nur in besonderen Fällen zulässig. Eine Verbüßung von Abgeordneten zu den gleichzeitigen Wahlperioden ist, sobald die betreffende Wahlperiode eintrifft, zu vermeiden, außer wenn sie bei Ablauf einer Strafzeit oder im Laufe des nächsten Tages ergriffen werden."

Die Beobachtungen wurden fortgesetzt, wenn auch die vorgebrachten Maßnahmen aus anderen politischen Gründen unterblieben.

Als die Unabhängige Sozialdemokratische Partei 1917 gegründet wurde, wandte sich die Ausmeidung der Polizei an ihr, "weil sie eine Gefahr für die innere Geschlossenheit und damit für die Kampfkraft des deutschen Volkes bilden". Es wurde ein umfangreicher Nachrichtendienst über die Partei eingerichtet. Mit Genugtuung wurde festgestellt, dass die Partei infolge der Einziehung zum Heere der meisten ihrer Betriebsvertrauenstreute beraubt worden und deshalb aktionsunfähig sei. Also das Zugeständnis, dass für die Einberufung zum Frontdienst die Oppositionstellung zum Kriege maßgebend war.

Die Revolution kam, aber der alte Polizegeist blieb dem neuen Staat erhalten. Selbst die alte Verbindung mit den Militärförderungen wurde aufrecht erhalten. Noch im Herbst 1919 stand der Vizepräsident der Volkskammer, Lipinski, unter polizeilicher Aufsicht. Auf Betreiben des S. F. V. Grenzi-Akt.-Reg. 19, Standort Burzen, wurde Lipinski wegen angeblichen Waffenbesitzes im eigenen Hause bestellt. Das Polizeipräsidium Dresden überreichte am 19. April 1920 dem Wehrkreismando eine Liste der Rädelsführer und Heizer der staatsfeindlichen Strömungen. In dieser Liste waren die Abgeordneten Blechner, Menke, Ristau, Wedel und andere mit einer entsprechenden Note aufgeführt. Die Polizei fühlte sich durch die Regierung wenig bestärkt, sonnen doch diese Maßnahmen getroffen werden, ohne dass der Minister Uhlig hier von Kenntnis erhebt. Und das geschah von denselben Polizeibeamten, die ihre Loyalität der Regierung oft genug versichert haben.

Mit dieser Polizeimethode ist inzwischen gründlich aufgeräumt worden. Für die Arbeiterklasse ist aber das vorliegende mitgeteilte Tatfachenmaterial ein Hinweis darauf, was sie, wie in Bayern, von einer bürgerlichen Mehrheit bei der Landtagswahl und damit zu erwarten hätte.

Sport • Spiel • Körperpflege

Fußballwoche am 15. Oktober. 1. Klasse: 8 Uhr: Löbau 1 gegen Polizeiappell 1, Pirna 1 — Gittersee 1, Kamenz 1 — Helios 1 (Festspiel). 2. Klasse: 8 Uhr: Gittersee 2 — Schumannsdorf 2, Weißig 1 — Bautzen 1. 2 Uhr: Pirna 2 — Helios 2, 10 Uhr: Löbau 2 — Pieschen 2. 8. Klasse: 10 Uhr: Löschensdorf 3 gegen Cossebaude 2. 3 Uhr: D. S. V. 3 — Neustadt 3, Kamenz 2 — Löbau 4, Löschensdorf 2 — Schmölln 1, Pieschen 3 — Lebusa 2 — Cunnersdorf 2 gegen Burgk 1, Löbau 1 — Löschendorf 1. 1½ Uhr: Bautzen 2 gegen Schumannsdorf 3. 2 Uhr: Lebusa 3 — Luga 1, Helios 3 — Graupa 1, Bischöfswerk 3 — Löschendorf 2. Untere Klassen: 2 Uhr: Löbau 4 — Kamenz 3, Cotta 4 — Sportfreunde 3, Niedersedlitz 3 gegen Fortuna 2, Löschendorf 2 — Lebusa 3, Schumannsdorf 4 — Gittersee 3, Leuben 2 — Bischöfswerk 4, Graupa 2 — Löschendorf 1. 1½ Uhr: D. S. V. 4 — Löschendorf 3, Löbau 2 — Gittersee 4. 1 Uhr: Pieschen 4 — Kamenz 3. 11 Uhr: Bautzen 2 — Bischöfswerk 2 — Bischöfswerk 3, 2 Uhr: Löschendorf 2 — Bischöfswerk 3, Löschendorf 3 gegen Königsstein 1. 11 Uhr: Löschendorf 6 — Luga 2. 9 Uhr: Löbau 5 — Lügau 2 — Zittau 1. 12 Uhr: Löbau 6 — Lügau 2 — Lügau 3 — Zittau 1. 10 Uhr: Lebusa 1 — Radeberg 1, Sportfreunde 1 — Weissen 1. 2 Uhr: Radeberg 1 — Pieschen 1. 2. Klasse: 2 Uhr: Sportfreunde 2 — Kamenz 2, Löschendorf 1 — Radeberg 2. 10 Uhr: Neustadt 3 — Löschendorf 2.

Turn- und Sportverein Niedersedlitz. Anlässlich des 4. Stiftungsfestes finden am 15. Oktober folgende Wettkämpfe statt: 11 Uhr: Niedersedlitz 1. Zug. — D. S. V. 1. Zug; 12 Uhr: Niedersedlitz 2. — Weissen 1. Zug; 13 Uhr: Niedersedlitz 2 — Vorwärts, Löschendorf 1; 14 Uhr: Niedersedlitz 1 — Zittau 1.

Sportabteilung Weigendorf. Wettkämpfe am 15. Oktober in Weigendorf. 1 Uhr: Weigendorf 1. Zug. — Radeberg 1. Zug;

2 Uhr: Weigendorf 1 — Radeberg 1; 8½ Uhr: Weigendorf 2 — Radeberg 2. 3 Uhr: Weigendorf 1 — Radeberg 1. 18. Oktober: Sitzung der Schiedsgerichte. 7 Uhr: Tannensteiner Hof. Fußballduell Allemannia 15. Oktober, 8 Uhr: Erfurter Stadt-Voigt, Weisbach.

Kreuzer «Admiral Graf Spee». Ortsgruppe Bamberg 15. Oktober Ausfahrt nach Sonnenhof. Abfahrt mittags 12½ Uhr vom Restaurant Voigt, Weisbach.

Vollgaslandest. Dresden-Döhlitz, 15. Oktober: Wandern nach Rieden. Abmarsch nach: 8 Uhr: Alt-Sittichen (Markgraf-Eduard-Blatt), 12½ Uhr: Gasthof Seidling. 16. Oktober: Vorstandssitzung. 18. Oktober, abends 8 Uhr, in der Marienburgshütte: Versammlung mit Vortrag des Genossen Wente, Heidenau, über: Kindererziehung. Kein Eintrittswang.

Aus aller Welt

Motorräder Spreewald

Auf der deutschen Werft in Hünfelden bei Hofburg lief ein Zweidruckantriebsdampfschiff von etwa 8000 Tonnen Tragfähigkeit für die Hamburg-American-Linie vom Stapel. Das Schiff, das den Namen Spreewald erhält, wird in den Dienst nach der Westküste Südamerikas gestellt werden. Das Schwesterdampf wird in einigen Monaten folgen.

Ein Raubmörder ausgeliefert

Berlin, 12. Oktober. Der Stellmacher Leiseberg, der Ende September 1920 den Nachstolz und Geldverleiher Engelmann ermordet hatte, und darauf in die Fremde emigriert ist, jetzt von Frankreich ausgeliefert und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingebaut worden.

Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Jugendgenossen, Jugendgenossinnen!

Morgen Sonntag vormittag von den bekannten Sozialen aus Flugblatttragen.

Wer ohne zwingenden Grund herkommt, schlägt seine eigenen Interessen.

Begr. Dresden-West. Montag den 16. Oktober, abends 7 Uhr, im Augenbaum, Gottstraße 15. 1. Begr. Ausbildung. Auf der Tagessitzung steht besonders die Frage der Wehrnachzieher, zumeistliche Vertreter müssen, wenn nicht vorher Entschuldigung erbracht, erneut antritt, ist jetzt von Frankreich ausgeliefert und in das Untersuchungsgefängnis Moabit eingebaut worden.

Weyer Alstadt. Dienstag den 17. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Zimmer 2: Wichtige Begegnungsausschüttung. Die Vereine werden besonders gebeten zu erscheinen.

Briefkasten

Pariser Wissenschaftler. Wir haben Ihre Zeitschrift dem Arbeitswissenschaftsministerium von Dresden überreicht, der umgehend das weitere veranlassen wird.

St. Pölten. Solange dieses Urteil besteht, ist so viel nachzuhallen, dass der im Urteil verzeichnete Betrag erreicht wird.

M. G. Radewitz. 1. Ein Antrag auf Erhöhung des nach § 46 Absatz 3 des EGBG zulässigen Abhöls ist nur dann zulässig auf Erfolg, wenn dieser dafür angelegte Betrag von 10.800 M. um mindestens 1200 M. übertragen wird. 2. Zu den Werbungskosten gehören u. a.: Beträge für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte, Versicherungsbeiträge für den Steuerpflichtigen und seine nicht selbstständig veranlagten Haushaltungsangehörigen, Sterbelebensbeiträge bis 1000 M., Versicherungsprämien bis 8000 M., Gewerbebeiträge und ähnliches mehr. 3. Für Abmilderung der Scheinstraf ist kein bestimmter Betrag festgesetzt, sondern ist von Fall zu Fall zu entscheiden.

Quitting. Für den Wohlfonds gingen ein: R. Wettbewerb Altmann 100 M., R. G. 50 M., Silberhochzeit, Bügler 450,50 M., R. Weichold.

Was ist ein Rahmenstuhl?

Die Herstellungskosten des handgearbeiteten kleinen Schuhwerks. Nachdem schon viele Jahre Schuhe überarbeitet wurden, ist es erst gelungen, den Rahmenstuhl auf mechanischem Wege herzustellen. Die Herstellung erfordert an jedem mehr verarbeitetes Material als bei durchgehämmerten Schuhen und kostet die Herstellung eines Rahmenstuhls aus. Bei dem Rahmenstuhl bleibt der Ledersitz, bis er fertig ist, im Schuh, bei dem durchgehämmerten muss der Ledersitz bei dem Geständen der Sohle aus dem Schuh genommen werden und trotzdem kann bei der Herstellung des Schuhs über bei. Der Rahmen wird an das Oberleder und die Brandstelle ansetzt und dann wird die Sohle an den Rahmen genäht. Beim durchgehämmten Schuh wird die Sohle mit der Brandstelle direkt verbunden und die Zwischenlitze bleibt im Schuh. Nur der Rahmenstuhl kann sich bei der Herstellung wieder obenüber, wie er ursprünglich genäht worden ist, und gewährleistet dadurch die Gültigkeit der Form. Die Mercedeschuhe sind nur Rahmenstuhls und dadurch für jeden eine Garantie von nur guten Schuhen. Die Rahmenstuhls werden in dem Geschäft am Klimmarkt heute noch zum gleichen Preis billiger verkauft, als sie berechnet werden können.

Hühneraugen

werben Sie sicher los durch Hühneraugen - Lebewohl! Herzbau an der Fußsohle befreit Lebewohl-Ballen-Scheiben.

Kein Verlusten, kein Flecken an Strümpfen. — In Drogen- u. Apotheken. Man verlangt ausdrückl. Lebewohl.

hervorragend bewährt bei

Jogal **Gicht** **Grippe**
Rheuma **Hefenzschuh**
Hochsias **Nervenschmerzen**

Jogal hilft die Schmerzen und heilt die Darmkrämpfe aus. Augencreme bei Augenkrankheiten. In allen Apotheken erhältlich. Welt. 84,5% Acid. acot. salic. 100% Chinin. 12,5% Lithium. ad 100 Amyl.

Noch sehr billige echte Kornleder-Schuhsohlen nach mitgebrachtem Modell ausgeschnitten kaufen man in der Schuhherstellearbeit u. Lederwarenhandlung, Dresden-L. Jacob, Leipziger Straße

Stoffe für Herren- und Damen-Bekleidung
beste Fabrikate, grohe Qualität
Vielzahl mittelmittel.

13, 1. Amalienstraße 13, 1.

Volkswohlsaal Zigeunerblut.

Ostra-Allee

U.T.-Lichtspiele

Der große schwedische Film

BEATRIX

Ein Spiel von Liebe und Hass. Fünf Kapitel aus einer alten Chronik.

Beatrix: Jenny Hasselquist.

Heute bis mit Sonntag: Letzte Aufführungen des mit großem Erfolg aufgeführten Filmsingspiels:

Von Karl Otto Krause mit Hilde Wörner und Paul Hansen.

Gesänge von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

Olympia-Theater, Altmarkt**Die Stumme von Portici**

5 Akte nach der gleichnamigen Oper im Rahmen herrlichster Naturaufnahmen Dalmatiens unter Mitwirkung erster Künstler, wie: Cläre Lotte als schöne Fischerin Carl de Vegt, Albert Paul, Eduard von Winterstein u. a.

Prinzen-Theater

Ab Mittwoch den 11. Oktober der große Kastner-Film der Ufa

Wenn die Maske fällt.

In den Hauptrollen: Bruno Kastner, Eugen Burg,

Lia Eibenschütz, Olga Limburg, Edith Meller.

Beginn der Vorführungen Sonn- und wochentags 4, 6½ und 8½ Uhr.

Kammer-Lichtspiele

Wilsdruffer Straße 28. — Fernruf 17060.

Mungos — „Der rätselhafte Tod“.

6 Akte.

Margit Barnay, Theodor Loos, Hermann Picha,

Olaf Storm, Emil Birken, Polizeihund „Flaada“.

Variete und Deutscher Kaiser

Leipziger Straße 112

Zwei Weiten. Schauspiel in 5 Akten.

Ab Dienstag:

Die Dame und der Landstreicher. 6 Akte.

Im Varieté Schwarzenbergs Elbtälninger mit vollständig neuem Programm.

M.S.-Lichtspiele

Nur noch bis Montag:

Die Beichte der Mörderin

Frauenschicksale in 5 Akten mit Ruth Weyher

Ab Dienstag:

Unter Bestien. Großer sensationeller Zirkus- und Artistenfilm.**Falast-Theater, Alaastr. 28.**

Heute bis einschl. Sonntag: Der gewaltige Monumentalfilm:

Das grinsende Gesicht.

Nach dem Roman: L'homme qui rit von Victor Hugo in 1 Vorspiel u. 5 Akten.

Außerdem: Das ausgewählte erstklassige Beiprogramm.

Westend-Theater, Kesselsdorfer Straße 20

Diese Woche:

Der müde Tod.

Drama in 6 Akten. :: Außerdem ein reizendes Lustspiel.

Vaterland-Lichtspiele

Nur noch bis Montag:

RAZZIA 6 spannende Akte

Außerdem: Das erste amerikanische Goldwien-Lustspiel à la Chaplin: Am Busen der Natur! Voranzeige! Ab Dienstag: Großfilm Das große Spiel.

Radrennen

Sonntag den 15. Oktober 1922, nebst 2½ Uhr: Großer Dresden-Randow- u. Industrie-Preis über 1 Stunde und Dresdner Rekord-Preis über 10 Kilometer Rosellen, Weiß, Wegmann, Schröter, Junghans, Thomas Amateure - Rennen Änderungen vorbehalten.

Blumen-Säle
Binder, Ernst.

Gasthof Oberpesterwitz. Sonntag: Feiner Ball. [10.120]



Weisser Adler Leben Sonntag 4 Uhr Der beliebte ADLER-BALL! Festzeltgelände Dresden.

Gasthof Niedergörbitz (Endstation der Linie 7). Sonntag: Deffentliche Ballmusik Eintritt nur 80. und jede Tour 1.00

Ball-Schelling

Heute bis mit Sonntag: Letzte Aufführungen des mit großem Erfolg aufgeführten Filmsingspiels:

Von Karl Otto Krause mit Hilde Wörner und Paul Hansen.

Gesänge von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

I. 268

Gesang von Bizet, Leoncavallo, Gumbert, Mallart, Arditi, Erik Meyer-Hellmund und Karl Otto Krause.

Vollständige Übereinstimmung zwischen Film und Gesang. Beginn der Vorstellungen: 6 u. 8 Uhr, Sonntags 4, 6 u. 8 Uhr.

1½ MILLIONEN MARK ■ 1½ MILLIONEN MARK ■ 1½ MILLIONEN MARK

Preisausschreiben

1½ Millionen Mark

zahlen in bar unwiderruflich

WILLIAM PRYM G.M.B.H.

grösste Druckknopf- und Nadlerwarenfabriken der Welt
gegründet 1559

STOLBERG (RHLD.), BERLIN C2, WIEN I

für die besten Lösungen folgender
drei Aufgaben.

I. Aufgabe: für den besten Wahlspruch, passend auf unsere

Weltmarke Pryms Zukunft-Druckknopf

der kurz und bündig als kräftiges Schlagwort verwendet werden kann. Als bekannte Beispiele mögen folgende Sprüche dienen:

„Feuer breitet sich nicht aus, hast du Minimax im Haus“ oder „Sind's die Augen, geh' zu Ruhnke“.

II. Aufgabe: Wieviel Antworten werden wir erhalten?

III. Aufgabe: Wie wird der amerikanische Dollar am 31. Dezember 1922 im Verhältnis zur Mark stehen?

Für die besten Lösungen aller drei obigen Fragen setzen wir aus:

1 ersten Preis in Höhe von 100 000 Mark = 100 000 Mark

2 zweite Preise in Höhe von je 50 000 Mark = 100 000 Mark

4 dritte Preise in Höhe von je 25 000 Mark = 100 000 Mark

Für die besten Lösungen einer einzelnen Aufgabe:

20 Preise in Höhe von je 10000 Mark = 200 000 Mark

40 Preise in Höhe von je 5000 Mark = 200 000 Mark

100 Preise in Höhe von je 2000 Mark = 200 000 Mark

600 Preise in Höhe von je 1000 Mark = 600 000 Mark

767 Preise in der Gesamthöhe von 1 500 000 Mark

Bedingungen: a) Beteiligen kann sich jedermann, der im Gebiete des Deutschen Reiches wohnt. Deutlich geschriebene Lösungen sind in geschlossenem Kuvert bis spätestens 30. November 1922 an William Prym G.m.b.H., Berlin C 2, einzureichen. Leserliche Angabe des Namens, der Adresse und des Standes notwendig. Das genügend frankierte Kuvert muss den Vermerk „Preisausschreiben“ tragen. Mehr als einmalige Einsendung der Lösungen von einem und demselben Einsender ist unzulässig.

b) **Jeder Antwort ist ein Original-„Zukunft-Druckknopf“ anzuhafte.**

Antworten, die diesen Bedingungen nicht entsprechen, werden nicht berücksichtigt. Am 5. Dez. 1922 werden von einem Notar sämtliche Antworten in einen Behälter eingeschlossen und amtlich versiegelt. Die Öffnung und Prüfung der Lösungen beginnt am 5. Januar und wird Ende Februar beendet. Die preisgekrönten Wahlsprüche werden Eigentum der Firma. Eine Jury, bestehend aus dem Schriftsteller Fedor v. Zobeltitz, Berlin, Justizrat Dr. J. Werthauer, Rechtsanwalt und Notar, Berlin N, Friedrichstr. 120, und einem Mitgliede der Direktion der Firma, entscheidet über die Wertung der Lösungen. Die Veröffentlichung der Preisträger erfolgt in Tageszeitungen im 1. Quartal 1923.

WILLIAM PRYM G.M.B.H.

■ 1½ MILLIONEN MARK ■ 1½ MILLIONEN MARK ■ 1½ MILLIONEN MARK